

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1888 unter Nr. 849.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespalte Zeile oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Monopole in Nordamerika.

Die Ausdehnung des Kapitalismus hat in Nordamerika viel rapideren Verlauf genommen als im alten Europa. Waren erst noch eine Menge von Schranken zu beseitigen, die aus früheren Zeiten übrig geblieben waren und vielfach sehr dauerhaft erwiesen haben. In Nordamerika waren von vornherein so viel Freiheit, daß die Kapitalisationswuth und das Profitfieber wahre Drogen feierten. Infolge dessen haben sich sowohl an Grundbesitz als auch an beweglichem Kapital in Nordamerika in den letzten Jahren solche Massen angehäuft, wie wir sie in Europa kaum kennen.

Wenn man bei uns sagt, die Entwicklung des Kapitalismus und die immerwährende Auffaugung der kleinen Betriebe durch die großen führe schließlich dahin, daß die kleineren Betriebe sich in den Händen weniger Unternehmer befinden würden, so schütteln die behabigen Spießbürger ungläubig die Köpfe. Sie behaupten, daß bei uns der Kleinbetrieb immer noch einen sehr breiten Raum einnimmt, breiter als in irgend einem andern Landern. Aber es ist auch nicht zu verkennen, daß sich dieser Raum immer mehr verringert. Die nordamerikanischen Zustände zeigen uns, wohin der Kapitalismus führt. Dort sind schon verschiedene Betriebsarten zu Monopolen einzelner weniger Kapitalisten geworden. Es giebt Monopole im Eisenbahnenwesen; die Petroleumquellen können als Monopolisten betrachtet werden und auch die Zuckerproduktion ist zum Monopol einer Anzahl von Firmen ausgewachsen. Was die Spiritusindustrie bei uns in Deutschland betrifft, so ist drüben längst vorhanden; der Zucker-

zu erhöhen. Bei der Zuckerproduktion lassen sich diese Manipulationen deutlich verfolgen. Man nimmt an, daß die 60 Millionen Einwohner von Nordamerika je 52 Pfund Zucker pro Kopf und Jahr verbrauchen. Das Monopol hat den Zuckerpreis um 1½ Cent pro Pfund gesteigert und diese Steigerung allein schon bringt den Zuckerbaronen, die am „Ring“ theilhaftig sind, eine Summe von nahezu 47 Millionen Dollars jährlich ein.

Diese großartige Schröpfung erinnert an die Vorläuf- und Preissteigerungsgesellschaften zur Zeit der Reformation. Nur daß die heutigen Monopolgesellschaften viel raffinierter zu Werke gehen als die früheren, und daß der Gewinn tausendfach größer ist.

Indessen sieht das Publikum diesen Dingen auch nicht ruhig zu; man kann in der That „seine Nerven“ bekommen, wenn man sieht, wie diese Monopolisten sich mit ihren Preissteigerungen um Milliarden bereichern, so daß ihnen mit einem Federstrich ein goldener Regen in den Schooß fällt. Sowohl der Goldregen der Danae war noch ein mythologisches Wunder, aber was will es bedeuten gegen den wunderbaren Goldregen, den die amerikanischen Monopolisten hervorzuzaubern vermögen?

In der Presse, soweit sie nicht von den Monopolgesellschaften auch monopolisiert ist, hat sich ein Sturm gegen diese Monopolgesellschaften erhoben. Man verlangt Abhilfe, gesetzgeberische Mittel gegen diese empfindliche Bedrückung und Besteuerung. In der That, die Bedrückung durch solch ein Privatmonopol kann lästiger werden, als jemals eine absolute Regierungsgewalt es war. Wer weiß, was alles noch monopolisiert werden wird? Selbstverständlich wird man immer darauf ausgehen, gerade die notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die unentbehrlichsten Genussmittel in die Hände der Monopolgesellschaften zu bringen. Man stelle sich z. B. einmal vor, es gelänge in späterer Zeit einmal einer großen Monopolgesellschaft, alle Bekleidungsindustrien an sich zu bringen und den Kleinbetrieb zu vernichten. Wir schwärmen gewiß nicht für den Kleinbetrieb, aber in den Händen der Privatmonopole würde die Gesellschaft in eine ganz neue Art von Knechtschaft gerathen, nicht weniger schlimm als die anderen Arten von sozialer Knechtschaft, welche die Geschichte kennt.

Man verlangt Abhilfe von der Gesetzgebung. Ob sich die nordamerikanische Legislatur dazu verstehen wird, gegen die Monopolisten einzuschreiten, das muß man abwarten. Jedenfalls wird sie sich nicht gerne dazu verstehen. Das Geschrei über einen solchen Eingriff in die „persönliche Freiheit“ wird genau so groß sein, als zur Zeit der Sklavenemanzipation.

Wenn die Legislatur sich indessen entschließt, gegen die Monopole vorzugehen, so wird dies einen der bedeutsamsten

Eingriffe der staatlichen Gewalt in die wirthschaftlichen Zustände darstellen. Es wäre unendlich einschneidender, als alles, was bis dato geschehen ist. Unfall- und Altersversicherung, Fabrikgesetzgebung überhaupt und alles, was damit zusammenhängt, greift nicht so tief, als eine Beschränkung des kapitalistischen Monopolismus.

Eine andere Frage freilich ist, wie eine solche Gesetzgebung beschaffen sein müßte, um wirksam zu sein und zu bleiben. An eine besondere Wirksamkeit glauben wir überhaupt nicht. Der Monopolismus bedeutet eine besondere Phase in der naturgemäßen historischen Entwicklung des Kapitalismus und eine solche Phase läßt sich mit einem Gesetz nicht aus der Geschichte streichen. Immerhin aber würde mit einer solchen Gesetzgebung jener Kampf der Staatsgewalt, von dem wir sicher sind, daß die Zukunft ihn allgemein machen wird, mit den Auswüchsen des Kapitalismus beginnen. In Amerika wird die Staatsgewalt früher als anderswo gezwungen, im Interesse der Gesamtheit diesen Kampf aufzunehmen, wie wir sehen.

Die Monopole à la Zukerring sind eine der wüthendsten ökonomischen Erscheinungen; sie sind das Resultat, zu dem ein auf die mancherliche Theorie gegründetes Wirtschaftsleben führen muß. Wer angesichts derartiger Erscheinungen noch die „freie Konkurrenz“ und das „freie Spiel der Kräfte“ für eine wohlthätige Erscheinung halten kann, der muß schon die Absicht haben, selber Monopolist zu werden.

Wenn die nordamerikanische Legislatur den Kampf gegen die Monopole aufnimmt, so wird dieser Kampf der beiden Gewalten der Welt eines der interessantesten Schaupiele bieten, die sich in der Neuzeit auf dem sozial-ökonomischen Gebiet gezeigt haben. Man wird zum mindesten sehr viel daraus lernen können.

Original-Korrespondenzen.

Jürid, 21. Februar. Obwohl gewöhnlich nicht mit den ersten Frühlingsboten der erste Streik begann, so haben wir diesmal ausnahmsweise schon im Februar eine Arbeitseinstellung. Freilich sind es die Herren Fabrikanten, welche die Arbeiter dazu gedrängt haben. Es ist die Schuhfabrik von Steinhäuser, Duktenthaler u. Cie. in Lausanne, die ihren Arbeitern eine Lohnreduktion und eine geradezu blöde Fabrikordnung oktroyiren wollten. Bei elfstündiger angestrengter Arbeitszeit verdienten bisher die Arbeiter in 14 Tagen bis zu 20 Frs. und darunter trotz des theueren Lebensunterhaltes, der in der französischen Schweiz noch kostspieliger ist als in der deutschen. Nachdem gültliche Vorstellungen von Seite der Arbeiter mit Entlassungen beantwortet wurden, blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als zum letzten anwendbaren Mittel, dem Streik, zu greifen und so legten denn am 11. Februar 40 meist ver-

auch nicht abgeredet haben. Es war besser, er ließ der Sache eben ihren natürlichen Lauf.

Draußen auf dem Gang wurde eine Thür geöffnet und hastig wieder geschlossen; er hörte es deutlich, denn seine eigene, in das Schreibzimmer führende Thür stand offen — das konnte doch nicht schon der Brautwerber gewesen sein — vielleicht seine Frau. Er schritt hinaus über den Vorfaal in seiner Frau Wohnstube, um dort aus dem Fenster auf die Straße zu sehen. Wahrhaftig, dort ging der junge Baumann mit raschen Schritten gerade über den Weg!

„Abgelehnt,“ nickte er leise vor sich hin — ob ich es mir denn nicht gedacht habe — armer Junge — aber es ist, wie ich gefürchtet: das Mädel hat, wie man so sagt, große Kofinen im Topfe, und ihre Mama quellt sie noch auf.“ — Er zuckte mit den Achseln. — „Ich kann's nicht ändern, und das Bescheidteste wird sein, ich thu's, als ob ich gar nichts von der ganzen Geschichte wüßte.“

Damit drehte er sich um und glitt wieder — dieses Mal mit geräuschlosen Schritten — in sein Bureau hinüber, wo er sich an sein Pult setzte und arbeitete. Er wollte das Ganze ruhig an sich kommen lassen.

Eine gute Viertelstunde, vielleicht etwas länger, mochte er so ungestört geblieben sein, als einer seiner Schreiber den Kopf in die Thür steckte und sagte: „Herr Staatsanwalt, es ist eine Frau hier, welche Sie selber zu sprechen wünscht.“

„Wer ist es?“

„Die Frau Müller aus Bollmers.“

„Soll herein kommen,“ sagte der Staatsanwalt mürrisch; er hatte den Kopf voll und die Störung war ihm nicht gelegen.

„Guten Tag, Herr Advokat!“ sagte Madame Müller, indem sie sich in der Stube nach einem Platz umsah, wo sie ihren Schirm abstellen konnte, denn sie brauchte ihre Hände für den Strickbeutel.

„Ich bin die Frau Müller aus Bollmers, und daß mir kein Mensch was Böses oder Schlechtes nachsagen kann, das will ich Ihnen beweisen, da, hier,“ fuhr sie fort, indem sie ein ganzes Padet Schriftstücke aus ihrem Arbeitsbeutel nahm, „ist mein Tauf- und Impfschein, mein Konfirmations-Zeugniß, mein altes Dienstubuch, denn ich...“

„Meine gute Madame,“ sagte Witte ruhig, „Sie sind hier mit Ihrer Beschwerde am unrechten Platz. Daß Sie eine brave, rechtliche Frau sind, glaube ich Ihnen auf Ihr Wort, aber ich habe mit der Sache...“

„Na, aber dann brauchen auch so ein paar alte Schleichern nicht zu mir ins Haus zu kommen,“ rief die Frau entrüstet, „und mir alle möglichen Grobheiten und Injurien zu sagen!“

„Liebe Madame Müller,“ sagte Witte, ungeduldig werdend, „Sie sind hier an den vollkommen unrechten Ort gerathen, denn wenn Sie, wie ich nach Ihren Reden vermuthen muß, in Ihrem eigenen Hause beleidigt wurden, so gehen Sie einfach auf die Polizei und beschweren sich dort. Einen Advokaten haben Sie dazu überhaupt nicht nöthig.“

„Aber ich will einen haben,“ sagte die Frau ganz entschieden, „denn wenn ich gegen ein paar so vornehme Herren auf die Polizei gehe, so steckt die mit ihnen durch und Unserer kann mit langer Nase wieder abziehen.“

Witte lachte. „Sie haben gute Ansichten von der Polizei, aber Sie sind im Irrthum; ob Sie ein Baron oder ein Graf oder wer sonst beleidigt hat, bleibt dasselbe — die Gesetze sind für Alle gleich. Aber jetzt, liebe Madame, bitte ich Sie, mich zu entschuldigen; ich bin sehr beschäftigt und habe auch mit der Sache gar nichts zu thun. Gehen Sie nur auf die Polizei.“

„Nein,“ sagte die Frau — „Gott bewahre Einen vor der Polizei! Einen Advokaten will ich haben, und wenn's auch kein Baron oder Graf war, so war's doch ein Major und ein Rath, und den Rath besonders, den Herrn Frühbach, den soll mir der Advokat drangsaliiren, daß er schwarz wird!“

„Rath Frühbach — und ein Major?“ sagte Witte, plötzlich aufmerksam werdend, denn er mußte an den ver-

Feuilleton.

Der Erbe.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

Der Staatsanwalt Witte war indessen durch den Antritt des jungen Technikers ebenso überrascht worden, wie der Tochter selber, ohne aber auch nur für einen Moment einen praktischen Standpunkt zu verlieren. Er hatte allerdings keine Ahnung gehabt, daß nach dieser Richtung hin eine Neigung im Aufsteigen wäre — weit eher andererseits, und das mußte doch der Fall sein, sonst würde der junge, sonst so schüchterne Mann nicht gleich mit einem solchen Antrage vorgetreten sein. Aber er wäre nicht böse gewesen, denn er kannte Fritz Baumann als einen ordentlichen und fleißigen jungen Techniker, und wenn die Eltern war ebenfalls nichts einzuwenden. Ein „vornehmer“ Schwiegersohn wäre vielleicht auch ihm gewesen, aber er dachte doch zu vernünftig, um das Diktandum sein zu lassen, wenn Ottilie selber ihr Glück sah — that sie das aber wirklich?

Er ging in seinem Zimmer auf und ab und dachte gar an Arbeiten, denn wichtigere Dinge kreuzten ihn jetzt das — die Zukunft seines einzigen Kindes. Allerdings die Mutter — das wußte er gut genug — hoch mit dem jungen Mann, und ihr wäre eine derartige Verbindung ein be- währtes Mittel gewesen, die Rechnung gewesen; bei ihr fanden er sich denn nicht Ottilie selber ganz den Ansichten der Mutter zu, und sollte sie die so auf einmal und so plötzlich ändern?

beirathete Arbeiter die Arbeit nieder. Die deutschen Schuhmacher werden es sicherlich als eine Pflicht der Solidarität erachten, ihren schweizerischen Kollegen durch Zuzug den Stand nicht zu erschweren, sondern in jeder möglichen Weise denselben zum Siege verhelfen.

Der abermalige Angriff der Schweiz durch Herrn v. Puttkamer, diesmal gegen die Person des hiesigen Polizeihauptmanns Fischer gerichtet, hat die Spitzelaffäre und was damit zusammenhängt auf's Neue in den Vordergrund geschoben. Am Sonnabend Abend machte der Telegraph von den „taftvollen“ Neußerungen des Herrn Ministers Mittheilung und die Erregung darüber war so groß, daß sogar die „N. B. Btg.“ in ihrer Depesche das „Subjekt“ unterdrückte. Die demokratischen Blätter aber theilten die parlamentarische Leistung des deutschen Ministers ihren Lesern mit, denn diese durften erfahren und wissen, was man gegen die Beamten der Schweiz in einem Nachbarstaate sich zu sagen erlaubt — einem Nachbarstaate, der mit seinen Produkten aller Art Jahr aus Jahr ein das Land überschwemmt und von dem 100 000 Angehörige in der Schweiz ihre Existenz und ihr Auskommen haben. Der von einer gewissen schweizerischen Presse systematisch gepflegte Chauvinismus und die kultivierte Schwabensfreuderei erhalten durch solche Vorkommnisse neue und nachhaltige Nahrung. Hatte das der Minister beabsichtigt? Diesen Zweck kann er erreicht haben. Denn das schweizerische Volk fühlt sich mit seinen tüchtigen Beamten eins. Es steht mit denselben nicht im Gegensatz wie in anderen Ländern und darum empfindet jeder Schweizer die Beleidigung, die seinem Beamten zugefügt wurde. Wird der Bundesrath Genugthuung verlangen?

Die Presse bespricht den Fall in kritischer, erregter Weise. Der „Bund“ drückt die wichtigsten, namentlich die auf Fischer bezüglichen Partien der Reden Bebel's und Singer's ab, ebenso mehrere andere Blätter.

Dem Taktgefühl und der diplomatischen Ueberlegung und Gewandtheit — die deutsche offizielle Blätter oft nicht genug bewundern können — des Herrn v. Puttkamer scheidet man in der Schweiz keine Kränze.

Politische Uebersicht.

Die parlamentarische Saison wird aller Voraussicht nach in diesem Jahre erheblich früher beendet sein, als sonst. Das Interesse an ihr ist sogar jetzt schon so gut wie erloschen. Der Reichstag hat seine wichtigsten Aufgaben, die Forderung der Wehrreform, die Verlängerung der Legislaturperiode und die Verlängerung des Sozialistengesetzes bereits erledigt und der preussische Landtag hat, von dem Gesetz betr. Gleichstellung der Volksschulleisten abgesehen, wichtige Aufgaben diesmal überhaupt nicht gehabt. In einer Zeit, in der die politischen Erwägungen schwer auf allen Gemüthern lasten und die Beunruhigung über die politische Lage Europas trotz des Eingreifens des Reichsanstalters nicht zu schwinden scheint, tritt das Interesse an der Thätigkeit der Parlamente wesentlich in den Hintergrund, zumal wenn eine der Regierung unbedingt zur Verfügung stehende Majorität die gesetzgeberischen Projekte schon bei ihrem Auslaufen entschieden sein läßt. Der Rest der Aufgaben, die dem Reichstage jetzt noch verbleiben, die zweite und dritte Lesung des Etats, das Gesetz, betreffend die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, die Rechtsverhältnisse in den Schwurgerichten, das Gesetz über den Verkehr mit Wein — läßt sich bequem vor Oftern erledigen, um so eher, als das Weingesetz aller Voraussicht nach unter den Tisch fallen wird. Auch die Anträge aus dem Hause, wie der den Brotverkauf betreffende, die Sonntagsruhe, die Aufhebung des Identitätsnachweises werden den Schluss der Session nicht verzögern. Wenn sich die Kommission mit dem letzteren nicht sehr beeilt, kommt er möglicherweise gar nicht mehr ans Plenum. Zwei von der Regierung angekündigte Vorlagen, das neue Genossenschaftsgesetz und die Alters- und Invalidenversicherung, sind bis jetzt dem Reichstage noch nicht zugegangen. Sie liegen noch nicht einmal dem Bundesrath vor. Ob das Genossenschaftsgesetz noch eingebracht wird, soll sich in diesen Tagen entscheiden. In den Kreisen, die den Entwurf bereits kennen, nimmt man an, daß es dann im Reichstage schnell erledigt werden könnte und daß eine Verlängerung der Session dadurch nicht verursacht werden dürfte. Auf die Einbringung der Alters- und Invalidenversicherung ist kaum mehr zu rechnen. Es wird zwar jetzt zum 5. und so vielen Male offiziell angekündigt, daß der Entwurf im Reichsamte des Innern fertig sei und dem Bundesrath im Laufe der Woche zugehen werde, das geschieht wohl aber nur, um „diligentiam zu prästiren“. Man nimmt an, daß der Entwurf im Bundesrath drei bis vier Wochen Zeit zur Verathung brauchen werde. Er würde dann also an den Reichstag so spät gelangen, daß in Ernst an seine Erledigung nicht mehr gedacht wird. Diese Aufgabe bleibt wohl der nächsten Session vorbehalten.

Der wirtschaftliche Rückgang, den die Anhänger der neuesten sogenannten „Wirtschaftspolitik“ stets geleugnet hatten, ist jetzt in Sachsen auf eine eigenthümliche Weise entdeckt worden. Nämlich in der auffallenden Abnahme der

Vollschulfrequenz. Eine Notiz über diese, allerdings ungewisse Thatsache, ging dieser Tage durch die sächsische Presse und hat die „Leipziger Zeitung“, das amtliche Organ der sächsischen Regierung, zu folgender Aussprache veranlaßt:

„Durch die Lokalblätter läuft eine Betrachtung über die befremdende Wahrnehmung“, daß in mehreren Städten Sachsens ein Stillstand in der Zunahme der Volksschüler eingetreten sei. Wer die Bevölkerungsstatistik der letzten zehn Jahre auch nur mit gewöhnlicher Aufmerksamkeit verfolgt hat, weiß, daß diese Erscheinung weder neu, noch mehreren „sächsischen Städten“ eigenthümlich ist, sondern sich auf das ganze Deutsche Reich erstreckt und hier schon vor fünf Jahren, in Sachsen schon vor zehn Jahren ihren Anfang nahm. Denn es ist selbstverständlich, daß die Zunahme der Schulfrequenz sich bei normaler Altersgruppierung genau in demselben Verhältnis wie der Bevölkerungszuwachs verhalten muß. Nun betrug aber die durchschnittliche Bevölkerungszunahme pro Jahr

	in der Periode		
	1871/1875	1876/1880	1881/1885
in Sachsen	1,92 pCt.	1,48 pCt.	1,38 pCt.
im Deutschen Reich . . .	1,00 „	1,14 „	0,70 „

Der Bevölkerungszuwachs ist somit in Sachsen schon seit 1875, im Reich schon seit 1880 zurückgegangen, im Reichsdurchschnitt sogar genau um die Hälfte, und es ist nur natürlich, wenn sich das in der Zahl der jährlich schulpflichtig werdenden Kinder von Jahr zu Jahr bemerkbarer macht. Was insbesondere die Geburtsziffer (die Zahl der auf 1000 Bewohner entfallenden Geburten) betrifft, so fiel dieselbe in Sachsen seit der Periode 1876/80 von 45,31 auf 43,43 und zwar nahmen an diesem Rückgang sämtliche Regierungsbezirke Theil. Von den 28 Städten Sachsens, die im Jahre 1875 mehr als 8000 Einwohner hatten, zeigen in der Periode 1881/85 nur vier (Limbach, Oschatz, Schneeberg und Wurzen) eine höhere Geburtsziffer als in der Periode vorher; drei (Annaberg, Reichenbach und Plauen) haben ihre frühere Geburtenhäufigkeit beibehalten, alle übrigen zeigen niedrigere Geburtsziffern als früher.

Ein Vergleich der Prozentziffern der in noch nicht schulpflichtigem Alter gestorbenen Kinder ist bei der Art, wie unser statistisches Material publizirt wird, nicht möglich; selbst die Säuglingssterblichkeit fehlt uns für die Periode 1876—80. Dennoch lassen die in unserer Nummer vom 20. v. M. zusammengestellten Bissen erkennen, daß auch die Säuglingssterblichkeit — wenigstens in den Fabrikstädten — in Zunahme begriffen ist; auch aus diesem Grunde kann die Schulfrequenz nicht mehr in den Progressionen, wie in früheren Perioden, steigen.

Die Thatsachen, welche das sächsische Regierungsorgan für rückhaltlos konstatirt, sprechen so deutlich, daß ein Kommentar überflüssig erscheint. Abnahme der Geburtsziffern, Zunahme der Säuglingssterblichkeit, das sind allgemein anerkannte Symptome des wirtschaftlichen Rückgangs, der in Deutschland also mit den Fortschritten der sogenannten Wirtschaftsreform Hand in Hand geht.

Damit das dritte klassische Symptom des wirtschaftlichen Rückgangs nicht fehle, sei hier gleich mitgetheilt, daß auch die Frequenz der Eheschließungen in Sachsen wie im übrigen Deutschland abgenommen hat.

Gewisse Zeitungen werden sich trotzdem doch nicht abhalten lassen, der Wahrheit ins Gesicht die „Segnungen der neuesten Wirtschaftspolitik“ nach wie vor zu verberlichen.

Und wer weiß, ob die „Leipziger Zeitung“ nicht dazu gehört. Zum Glück lassen sich Thatsachen nicht aus der Welt schaffen.

Die „Stöckererei“ bleibt der „Nat.-Btg.“ die Antwort nicht schuldig und giebt sie sogar nach dem Spruch bis dat qui cito dat. Am Sonntag hatte die „Nat.-Btg.“ betont, daß das Auftreten Stöcker's als Vorführer der Konfessionellen Kartellgemeinschädlich sein müsse, und war dabei auch zu der Aeußerung gekommen, sie müsse sich sehr täuschen, wenn man nicht auch innerhalb der konservativen Partei darüber unterrichtet wäre, wie sehr Herr Stöcker's Erscheinen vor der parlamentarischen Front zum Nachtheil sei. Worauf die „Kreuzzeitung“ höhnisch erwidert: „Ja, sie täuscht sich in der That; innerhalb der konservativen Fraktion“ ist man nur über eins „unterrichtet“, darüber nämlich, daß das Auftreten Stöcker's vortrefflich gewirkt und den allerbesten Eindruck hinterlassen hat; nicht am wenigsten auf die Parteigenossen der „National-Zeitung“ selbst, unter denen die „Nidodemusnaturen“ freilich häufiger sind, als sie bei Anderen gefunden werden. Wie oft geschieht es doch, daß Hofprediger Stöcker von denselben Herren einen stillen Händedruck erhält, die ihm öffentlich noch kalt entgegenstehen! Wir wissen das und können es vertreten.“ Auch die „Nordd. Allg. Btg.“ erhält bei dieser Gelegenheit eine Luitung

über ihre „milde Gesinnung gegen das Judenthum“, die einer Mißbilligung des von den Stöcker'schen im Wahlbezirk verbreiteten Flugblattes veranlaßt hat. „Die Stöcker und Genossen“, sagt die „Kreuzzeitung“, „lassen den Offiziösen ebenso wenig imponiren, als von den hängigen“, wenn sich dieselben, ohne daß irgend ein Anlaß da wäre, auf den Wegen philosemitischer Terzbrägen zusammenfinden.“ Man sieht, bemerkt hierzu die „Kreuzzeitung“ wie den Reaktionen der Ramm geschwollen ist, Pindler's Stürmungen verlassen sie und über die Stöcker der nationalliberalen Kartellbrüder machen sie sich lustig, vor glauben sie, von einem Mächtigeren, der sie schon vorgedemüthigt hat, nichts mehr befürchten zu brauchen, und diesen können die Offiziösen wohl belien, aber nicht durch die Erb

Es wird jetzt verschiedenen Leuten doch wegen der dilatorischen Behandlung der gewerblichen Seite durch Reichstag und Regierung. Die amtliche Zeitung“ schreibt zum Beispiel post festum: „Das baldstehende Reichsgesetz gegen die Sonntagsruhe und weiterer Ausbau der deutschen Arbeiterschutzgesetze auch im übrigen, namentlich in der Richtung weiterer Regelung der Frauenarbeit und verschärfter Fabrikaufsicht, nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im wohlwollenden Interesse der Arbeitgeber in der That recht dringend zu wünschen.“ Die fromme „Kreuzzeitung“ aber lacht das Etwas Verschleppung auf den Bundesrath abzuwälzen. „Nur ringer Erfolg“ bei den verbündeten Regierungen, und im Reichstage werde sich anders gestalten. Wir meinen, sagt die „Frankf. Btg.“, der Reichstag hätte es umgekehrt Hand, durch energisches Auftreten die Nachbarn zu Aktion zu zwingen. Indes als Anzeichen beginnender Wissensbisse sei auch diese Aeußerung verzeichnet. Die liberalen posauen durch ihre Korrespondenz aus, daß sie ihrer Seite in der Kommission für die Sonntagsruhe Sozialdemokraten abgetreten hätten, damit auch diese kommen könnten. Soll damit die traurige Haltung der Mann's in der Reichstagsdebatte wieder weit gemacht werden? Dann müßten die Herren vom Kartell auch zu ihrem dabei helfen, daß etwas Besseres, als der schwächliche Lieber, bald Geleg wird. Die „Nordd. Allg. Btg.“ hat die Maßnahme der Nationalliberalen die bismarck'sche Sozialdemokraten ja doch zu keiner ersten Seite in der Kommission bereit seien. Sie sollte aber doch daß darin nichts Vermunderliches ist. Wer spricht von Bind und für taube Ohren? Man kann sich die gestiegene der Sozialdemokraten, in Kommissionen viel mehr nur zu leicht erklären, wenn man die „Sozialpolitik“ Reichstags gründlich lennt.

Tüchtige Schlosser und Dreher nach Braunschweig bei hohem Lohn per sofort verlangt, so lautet die drei Wochen eine Annonce eines hiesigen Blattes, welche den Dreher Herrn W. B. veranlaßt, sich schriftlich an den beider stude die Firma näherer Auskunft halber zu wenden. Einen Tag später ertheilt Herr B. von der betreffenden Seite, welcher wörtlich lautet: „Ihre Karte vom 14. beständig, theile ich Ihnen mit, wenn Sie tüchtig sind, Sie sofort nach hier kommen. Sie dürfen jedoch keine demokratischen Vereine angehören. Sie finden bei mir dauernde Beschäftigung. Zeugnisse wären erwünscht.“ voll p. p. G. Luther.“ In einer zweiten Zuschrift an demselben Tage eintrat, schreibt Herr B. noch hinzu: „Da in meiner Fabrik Streik ausgebrochen ist, der demokratischer Seite unterstützt wird, so bitte ich, sich nicht mit dem hiesigen Bahnhofe an den diensthabenden zu wenden, welcher genau informirt (!) ist, zu wenden.“ Ihr Eintreffen per Postkarte anzeigen, so ist außerdem von der Firma am Bahnhof. D. O.“ Herr B. hat diesen Umständen vorgezogen, sich nicht vertrauensvoll Braunschweiger Polizisten zu wenden, sondern hat die Berliner Btg.“ wird uns die Angabe mehrere Blätter im Wahllohn-Dringungsprose als Zeugen vernommen hätten gegen den Minister von Puttkamer bei der walt'schaft Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, bezeichnet. Die Absicht, gegen den Minister die Verleumdung anzustrengen, hat zwar bestanden, allein die sich insgesamte empfindenden Arbeiter hatten juristisches Verständnis, um einzusehen, daß kein einzelner unter ihnen sich stimmte als vom Minister gemeint bezeichnet konnte von Puttkamer hat behauptet, daß Mahlow Ibring von eidigen Zeugen verleumdet worden sei, aber er hat gesagt, daß alle in der Angelegenheit vernommenen und ten Zeugen meineidig seien, noch hat er bestimmte unter ihnen bezeichnet, denen sein Vorwurf gelte. Die beschloßen also, deshalb von einer Klage abzustehen, von abweisendes Urtheil voraussehen, mit welchem sie selbst einverstanden waren, ungeachtet ihrer menschlichen Gewissen um der gewissenhaften Ausübung einer staatsbürgerlichen willen eine schwere Kränkung erlitten zu haben.

Von der russischen Grenze wird berichtet, daß kürzlich in Schilno abgehaltenen Treibjagd ein von einem

bissenen Major von Halsen denken. „Wie hieß der Major?“

„Halsen“, sagte die Frau, „Major von Halsen.“

„Und der soll Sie in Ihrem eigenen Hause beleidigt haben?“ sagte der Staatsanwalt kopfschüttelnd. „Das ist wohl nur ein Irrthum, liebe Frau, denn der alte Herr kränkelt fortwährend und wäre kaum zu Ihnen nach Volkmers gekommen!“

„Irrthum? Ja, schöner Irrthum!“ rief die Frau. „Kränzlich sieht er aus, denn er humpelte an einem Stock herum. Aber wo soll da ein Irrthum herkommen, wenn er mir in meinem eigenen Hause sagt — das heißt, der Rath, nicht der Major — das Bild, das über meinem Sopha hängt, wäre nicht meine Tochter, sondern die Tochter vom Baron von Wendelsheim, und daß ich die Kinder vertauscht hätte, wo ich den jungen Baron selber auf meinen eigenen Armen zehn volle Monate herumgetragen und genährt habe.“

„Von Wendelsheim?“ sagte Witte, der schon ungeduldig auf seinem Stuhl herumgerudert war, jetzt plötzlich aufmerksam werdend. Dahinter trat wieder der unglückliche Major, so viel war sicher, und der hatte jetzt, wie es schien, seinen tollen Verdacht so weit getrieben, um einen Clat herbei zu führen. Witte selber fing aber an, sich nach den Vorgängen von heute Morgen mehr und näher für den Namen Wendelsheim zu interessieren. Seine Tochter mußte eine andere Neigung haben, oder sie hätte den Freier nicht so rasch und entschieden abgewiesen, und er wünschte nun wenigstens der Klage auf den Grund zu kommen, um wo möglich ein Oeffentlichwerden der fatalen Rederei zu verhindern. Anstatt die Frau deshalb abzuweisen, legte er die Feder hin, drehte sich auf seinem Stuhl herum und sagte: „Dann lassen Sie wenigstens einmal hören, was die Herren von Ihnen gewollt haben; bitte, nehmen Sie Platz und reden Sie ein wenig leiser.“

Madame Müller verlangte nichts weiter als einen Platz zum Sitzen und eine Aufforderung zum Reden, und begann nun auch ohne Säumen mit ihrer gewöhnlichen Weitschweifigkeit nach allen Himmelsrichtungen hin auszuholen. Witte war aber nicht der Mann, der ihr das hingehen ließ.

Wie er nur erst einmal herausbelam, worauf es abzielte, hielt er sie auch in dem Geleise, und wenn sie nach links oder rechts ausbrechen wollte, schnitt er ihr augenblicklich den Faden ab und brachte sie wieder in die richtige Bahn. So hatte er denn auch nach einer kleinen halben Stunde, denn die Zeit gebrauchte Madame Müller doch, um sich gehörig zu entwickeln, nicht allein den größten Theil ihrer Lebensgeschichte, — so weit sich dieselbe nämlich auf das Wendelsheim'sche Haus und die spätere Zeit bezog — sondern auch die genaueren Vorgänge jenes Morgens erfahren, wo der Major und der Rath Frühbach so schmachlich abgefahren waren. Wiederholt produzirte dabei Madame Müller jenen ganzen Stoß von Papieren, der ihre Unschuld bekräftigen sollte, wenn der Staatsanwalt überhaupt noch an derselben gezweifelt hätte. Witte wies sie jetzt auch nicht ganz zurück, sondern blätterte sie durch, um den Tag zu erfahren, an welchem sie damals zuerst in Wendelsheim'sche Dienste, und zwar als Amme, eingetreten war; das Datum notirte er sich und schnürte das Paket dann wieder zusammen. Uebrigens stimmte dasselbe genau mit ihrer Angabe, und das wußte er schon selber aus früheren Nachforschungen, daß die Frau wirklich erst in der Nacht, und zwar mehrere Stunden nach der Geburt des Kindes, durch den herrschaftlichen Kutscher in einem verschlossenen Wagen aus ihrem Heimathsort abgeholt worden sei und die Wartung des Säuglings dann übernommen habe. Die Madame Müller machte den Eindruck einer zwar etwas derben und überschweifhaften, aber doch grundehrlichen Frau, und der Staatsanwalt mußte nur im Stillen für sich lachen, wenn er sich die Szene dachte, wo Frühbach und der Major einen Angriff auf sie versucht hatten, es natürlich so ungeschickt als möglich anfangen und mit einem Donnerwetter und völlig geschlagen wieder abziehen mußten. So gern er aber dem Major sowohl wie dem Rath eine kleine Lektion gönnt hätte, die nicht ausblieb, wenn die Sache vor Gericht kam, so durfte er es doch nicht so weit gehen lassen, schon des unaussprechlichen Cerebes wegen, das darüber entstünden wäre. Er freute sich jetzt ordentlich, die Frau nicht gleich abgewiesen zu haben, und es galt jetzt nur, sie von ihrer Klage abzubringen. Uebrigens zeigte sich das gar nicht so leicht, denn Madame Müller

hatte einen ganz entschiedenen Charakter wie ihren Kopf, und Witte wurde deshalb höflich.

„Liebe Madame“, sagte er, als sie ihren letzten damit schloß, daß er jetzt eine ordentliche und tüchtige oder Verdächtigung der beiden Herren ist viel zu ungenügend und leer, als daß Sie darauf das geringste Gewicht legen könnten — kein vernünftiger Mensch wird deshalb derartigen von Ihnen glauben.“

„Und deshalb sollen sie mir gerade ans Messer, Madame Müller, indem sie auf ihren Strickbeutel, „da drinnen steht's, daß ich mir von solcher meinen ehelichen Namen nicht brauche verschimpfen lassen!“

„Davon rede ich nicht“, sagte der Staatsanwalt, „ist eine Sache, die sich von selbst versteht; aber Sie mir gerade so aus, als ob Sie auch praktischer Natur — hab' ich nicht Recht?“

„Na, ich sollte denken“, sagte die Frau, „wenn einmal so lange in der Welt herumgetrieben hat.“

„Run gut, dann müssen Sie sich doch auch von solchen Klagen einen praktischen Nutzen versprechen, wahr?“

„Ich will nichts für mich davon haben“, sagte die Frau, die ihn falsch verstand; „nur die Weibchen abgestraft werden, wie sich's gehört und wie sie's verdienen.“

„Das meine ich nicht“, sagte kopfschüttelnd „Sie selber haben natürlich nichts davon, als Unannehmlichkeiten, und das wäre das wenigste, was Sie sich Jeder unterziehen, der vor Gericht geht, um ganz reine Sache zu haben und die Schuld auf ihre Gegner zu wälzen, fürchte ich, sind Sie schon von Haus aus zu weit gegangen.“

„Ich — wie so denn?“

„Sie scheinen mir etwas heftiger Natur, und vorhin aus Ihrer ganzen Erzählung vernommen, haben den Herren nicht allein tüchtig die Wahrheit gesagt, gegen ließe sich nichts einwenden — sondern Sie auch Schimpfworte wie Schafstopp und und dergleichen

Aus

Waller'sch
Kollegen
Verhältniß
Theater
Einmal
modern
der sich
Realist
erlaubt
dem Künstler
genügt, die
genügt also
einem Ehren
nimmt giebt
Auswahl
Die Beleid
aus auch
Aus Vor
aus V
der Lust
von Flug
wischen für
Im Laufe
schafflicher
um zwei Ball
umgebung
die g
Anfang ge
Anfang ge

...denkbar, dass der Hirsch über die Grenze lief und auf russischem Boden erbeute. Ein russischer Grenzsoldat zu Pferde gab auf die Erlaubnis, dass der Hirsch von den Treibern ge...
...Lassen dürfe. Als jedoch der daraufhin abgeordnete Treiber...
...machte, das Thier zu heben, warf ihm der Soldat einen...
...um den Leib, hieb auf sein Pferd und den sich sträuben...
...Angelegenheiten ein und fort ging in Karriere. Schützen...
...waren stark vor Schreck. Gleich darauf fuhr einer der...
...nach Leiblich, um den Anreifer zu rekrutieren, indessen...
...von dem Soldaten nicht hingebraucht worden. Vers...
...Anfragen bei anderen Stationen hatten gleichfalls keinen...
...und bis zum Mittwoch war der Mann, wie die „Drom...
...Sagung“ meldet, noch nicht wieder zurückgekehrt. — Das...
...alles der Erbfeind!

Oesterreich-Ungarn.

Es giebt wohl nicht leicht eine Industrie, in der die Sitt...
...der Frauen und das Schamgefühl der Kinder so bedroht...
...als gerade die Zuckerindustrie, denn die Frauen können...
...wegen (mindestens 30 Grad C., in der Tropen...
...50 Grad C.) höchstens Hemd und Unterrock tragen...
...immer sind gezwungen, total nackt bis zu den Lenden zu...
...Die Arbeiter in diesen Fabriken neigen natürlich zum Al...
...vertragen denselben aber weniger wie andere Ar...
...geben leicht daran zu Grunde.
...dennoch ist wohl keine Industrie für die jeweiligen...
...so lukrativ und wird von den gesetzgebenden Ge...
...so stark protegirt, wie gerade die Zuckerindustrie. Vor...
...Zeit war diese Frage von dem österreichischen Reichs...
...gegenstand der Verhandlungen, das heißt, die Zucker...
...verlangten, gleich den Deutschen, 1. B. Ausfuhr...
...Bei diesen Verhandlungen hat der demokratische...
...Kronametter eine Rede gehalten, die ver...
...dass wir dieselbe auszugeweiht wiedergeben. Er...
...aus, „dass es sich um ein großes National...
...von 50 Millionen Gulden ö. W. handle, zahlbar in...
...Raten à 5 Millionen Gulden, welches wenige hun...
...zuckerfabrikanten vom österreichischen Staate, von den öster...
...Steuerträgern bekommen sollen. Es kommen, glaube...
...Jahr auf jedes Establishement im Durchschnitt 25 000 A...
...soll dieses Nationalgeschick gemacht werden? Die Vor...
...welche alle österreichischen Staatsbürger davon haben...
...wurden und im Laufe der Debatte von den verschie...
...Seiten des hohen Hauses in einer glänzenden Weise...
...monstriren versucht. Ich wurde durch alle diese Ausführ...
...nicht überzeugt. Es machen sich nämlich in allen Staa...
...parlamentarischer Vertretung große, mächtige Interessen...
...geltend, diese kämpfen mit einander einige Zeit um...
...Theile, welche die Ausbeutung des Gesamtint...
...des Staates und seiner Bevölkerung dem einzelnen...
...Interesse bieten kann. Bald aber sehen diese privilegierten...
...Gruppen ein, daß aus diesem Kampfe unter- und mit...
...für sie nicht viel herauskommt, daß es besser ist, wenn...
...gegenseitig kartelliren, ihre Sonderprivilegien zusammen...
...lassen des Staates und der gesammten Bevölkerung be...
...und auf den breiten Rücken der großen Masse des...
...die Belastung wälzen, aus welcher ihre Vortheile und...
...Vorteile resultiren. Nun, meine Herren, ich finde das voll...
...klarlich. Unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung...
...gegenwärtige Staats- und Wirtschaftsordnung ist...
...gar nichts anderem aufgebaut, als auf der Herrschaft des...
...kastesten Individualismus und auf der individuellen...
...Nach diesem Systeme muß jeder allein für sich...
...kämpfen und Gruppen von gleichen Interessenten thun...
...kommen, um in vereinigter Kraft nur für sich selber zu...
...eine Rücksicht auf das Wohl und Wehe aller...
...Betrachten wir, meine Herren, unsere allgemeinen...
...ökonomischen Zustände und besonders diejenigen, welche im...
...1874 betrachten, zur Zeit, als die Petition der Zucker...
...fabrikanten einen so fabelhaft günstigen Erfolg erzielte. Da...
...verloren, in diesen sechziger Jahre, fallen bei uns die ersten...
...Theorien (welche nur in Theorien und in Büchern auf...
...demokratischen Anschauungen in das praktische...
...einführten.

Sozialdemokratische Bestrebungen rangen damals bei uns...
...Deutschland unter den weniger bestehenden Volksklassen...
...praktischer Geltung. Zu jener Zeit bekämpften sich zwei...
...Schule, Deligisch und Lassalle, und die Schlagworte...
...sich an diese beiden Männer knüpften, waren „Selbst...
...und Staatshilfe“. Das Lassalle'sche System suchte be...
...einen Uebergang zu besseren gesellschaftlichen und...
...ökonomischen Zuständen dadurch zu gewinnen, daß es den Staat...
...er möge alle Bergesellschaftungen, alle Affo...
...der Arbeiter durch staatliche Subventionen...
...er möge diesen Affoziationen nichts schenken...
...wäre ihnen seine Subvention nur leihen, — wenn...
...sich per se leihen. Nun, diese Theorie hat natür...
...in jenen Kreisen, denen die Zuckerfabrikanten angehören, die...
...bestimmte Berufsbildung erfahren und der Bourgeoisökonom...
...Deligisch mit seiner Selbsthilfe ist von dieser Seite aus...
...gleichgerichtet worden. Und was geschah von jenen Herren,

...und dadurch eine Beleidigung nicht allein erlitten,
...auch gleich erwidert.“
...der Herr soll da ruhig bleiben, wenn einem...
...eigenen Hause...“
...gebe Ihnen ganz Recht, verehrte Frau — in...
...Augen sind Sie vollkommen entschuldigt und wir...
...hätten unter ähnlichen Verhältnissen vielleicht das...
...gethan; aber die Gesetze sind darin außerordent...
...und bedenken Sie selber, wie das aussehen...
...wenn Sie jemanden gerade eines Vergehens wegen...
...wollten, das Sie ebenso gegen ihn verübt.“ (S. f.)

Aus Kunst und Leben.

Wallner-Theater. Für seinen langjährigen Freund und...
...Kollegen Karl Mittel veranlaßt zu dessen 40jährigem...
...Jubiläum Direktor Hofmann am nächsten Sonnabend...
...Wallner-Theater eine Benefizvorstellung, in welcher die best...
...Einakter: „Der Zigeuner“, „Ein delikater Aufstrich“...
...in moderner Fassung zur Aufführung gelangen. Karl...
...ver sich hier, wo er am Wallner-Theater so lange Jahre...
...erweist, tritt zum letzten Mal in seinem Glanzrollen auf...
...Künstler, der bekanntlich seines Augenlichtes fast ganz...
...genug also, daß das Berliner Publikum Herrn Mittel...
...Ehrenabend seine Sympathie durch zahlreichen Besuch...
...gibt.

Ausstellung für Luftschiffahrt. Aus Wien schreibt...
...die Beteiligung an der mit 1. April hier zu eröffnenden...
...nationalen Ausstellung für Luftschiffahrt und Flugtechnik...
...auch von Seiten des Auslandes eine sehr rege zu...
...Aus Paris werden sich die ersten aeronautischen Firmen...
...aus Berlin dürfte der „Deutsche Verein zur För...
...der Luftschiffahrt“ korporativ ausstellen. Zahlreiche...
...von Flugmaschinen werden zur Ansicht kommen. Die...
...Anläufe für die Ausstellung im Prater sind vollständig...
...Im Laufe des Sommers wird eine Reihe von sach...
...wissenschaftlichen Ausfahrten stattfinden. Bei festlichen Anlässen...
...zwei Ballons zugleich aufsteigen; ferner sollen Fallschirme...
...Anwendung kommen und überhaupt den Besuchern der...
...Ausstellung die ganze Saison hindurch jede mögliche interessante...
...geboten werden.

die Lassalle und seine Theorie den Arbeitern gegenüber mit dem...
...Schlagworte „Selbsthilfe“ bekämpften, im eigenen Lager? (Sehr...
...gut! Weiterheit links.) Man hat mit Staatshilfe Zuckerfabriks...
...Gesellschaften geschaffen und Establishments sehr reicher Privaten...
...glänzend subventionirt, man hat Eisenbahn-Aktiengesellschaften...
...mit Staatshilfe geschaffen. Das, was man auf der einen Seite...
...der arbeitenden Bevölkerung als eine große national...
...ökonomische Kezerei, als eine Thorheit, als eine Verwirrung...
...der Massen, als eine Verheerung derselben gegen das Groß...
...kapital darstellte, das hat man auf der anderen Seite im...
...eigenen Lager selbst gethan; so ist es gekommen, daß, wie der...
...Herr Abg. Dr. v. Plener berechnet hat, für die einzige Zucker...
...industrie 350 Millionen Gulden aus der Staatskasse, das ist...
...aus dem Volksoermögen, herausgenommen und in die Taschen...
...weniger Millionäre hineingesteckt wurden. Aber die Herren...
...welche sich Zuckerporträntien und Staatssubventionen für...
...Eisenbahn-Unternehmungen verschafft haben, sind viel pfiffiger...
...und feiner gewesen, als die große Bevölkerung, sie haben sich...
...weder um Lassalle, noch um Schulze gekümmert, haben nichts...
...gesprochen, sie haben, schweigend und in einer für die Bevölke...
...rung ganz unauffälligen Weise von ihrer Macht im Staate...
...Gebrauch gemacht; die Zuckerindustriellen z. B. haben sich einfach...
...mit einer Petition an den Reichsrath gewendet, ihre Petition...
...schnell gehört, ihr Wunsch wurde rasch und vollständig erfüllt...
...Die Bevölkerung aller zivilisirten Staaten sollte aus solchen...
...Vorwänden entnehmen, wie viel der Parlamentarismus heute...
...werth ist, sie soll wissen, wie die Interessen des Volkes in den...
...heutigen Parlamenten vertreten werden.

Großbritannien.

London, 23. Februar. Die „Times“ meinen: Das Projekt...
...daß die Pforte die Stellung des Prinzen Ferdinand in Bul...
...garien als illegal bezeichne, könne nur ein Resultat haben, wenn...
...die Mächte wüßten, welche weiteren Schritte seitens des...
...russischen Kabinetts in Aussicht genommen seien. Dies sei die...
...Anschauung der Regierung Großbritanniens und hätten sich...
...Italien und Oesterreich in gleichem Sinne geäußert.

Rußland.

Petersburg, 23. Februar. Der „Regierungsbote“ veröffent...
...licht ein Communiqué, worin die kaiserliche Regierung ihre An...
...schauung über die bulgarische Frage ausdrückt. Nach näherer...
...Ausführung wird darin betont, die Erwägungen hätten die Re...
...gierung von Anbeginn der bulgarischen Krise an geleitet und...
...dieselbe demogen, von Hause aus jeden Gedanken an die Eren...
...tualität der Wiederherstellung der Geseßlichkeit in Bulgarien mit...
...Hilfe von Gewalt abzulehnen.

Italien.

Rom, 22. Februar. Das Journal „Esercito“ macht auf...
...französische Truppenansammlungen an der italienisch-französischen...
...Grenze aufmerksam und sagt, die Regierung sei über die Vor...
...bereitungen zur Konzentration von Kriegsmaterial jenseits der...
...Grenze vollständig unterrichtet und verfolge wachsamem Auge...
...diese Maßnahmen, welche durch die Haltung Italiens von keinem...
...Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erschienen. Was von der Land...
...grenze gesagt werde, verleihe sich natürlich auch von der See...
...grenze.

Spanien.

In Spanien ist wieder einmal eine Ministertafel im An...
...zuge. Dieser Tage wird die Kommission gewählt, welche die...
...Finanzreform des Senor Puigcervert begutachten soll. Gegen...
...diese Reformen hat sich eine starke Opposition erhoben und die...
...ganze Regierungsmajorität droht aus den Fugen zu geben...
...Der Finanzminister hat erklärt, daß er seine Demission geben...
...werde, wenn die Wahl seine Entwürfen günstige Ma...
...jorität ergebe, und nun machen die Herren Sagasta und Martos...
...alle Anstrengungen, um die Disziplin der Majorität aufrecht...
...zu erhalten und den Mitgliedern zu beweisen, daß die De...
...mission Puigcervert den Zusammenbruch des ganzen Kabinetts...
...nach sich ziehen werde. Sagasta hat zur Zeit auch noch mit...
...dem Horn der Reformisten zu kämpfen, der einfach ist, weil...
...der Herzog von Montpensier das Land meiden muß und alle...
...Reformpläne ein plötzliches Ende genommen haben. Caste...
...las Organ „El Globo“ beschuldigt den Herzog nicht bloß, er...
...wolle Regent von Spanien werden, sondern deutet auch an, er...
...lege Pläne, deren Ausführung die Monarchie in Spanien...
...ruiniren würde. Seine Rolle soll dem Herzog in der großen...
...Orkanistenkonferenz, die kürzlich in Sevilla stattfand, zuge...
...wiesen worden sein, bzw. wird er sich wohl selber genommen...
...haben. Die Sache wurde der Regierung verrathen, die ihre...
...Maßregeln ergriff und nun sitzt der Herzog verbannt in Paris...
...und die Königin Isabella wallfahrt nach Rom. Alle Klagen...
...an die Königin-Regentin leht diese mit dem Hinweis auf ihre...
...verantwortlichen Minister ab. Ob diese dem aufstehenden...
...Sturme gewachsen sind, wird die nächste Zukunft lehren.

Amerika.

Henry George hat das Kunststück fertig gebracht, sich...
...mit einer Geschicklichkeit um Ruf und Ansehen zu bringen, die...
...Niemand, auch sein bester Feind nicht, ihm zugezählt hätte...
...Die „Vereinigte Arbeiterpartei“, deren rapiden Verfall wir be...
...reits gemeldet haben, ist so ohnmächtig, daß Henry George von...
...vorn herein darauf verzichtet hat, in den jetzt b ginnenden...
...Wahlkampf um die Präsidentschaft einzutreten...
...Er hat dem zusammen geschmolzenen Häuflein seiner Lieben...
...erklärt, man müsse mit der Volksthat Clevelands zufrieden sein...
...und für Clevelands Wiederwahl und — Frei...
...handel thätig sein. Also zum gewöhnlichen Schlepptau...
...politiker und Mandatsträger hat der Verfasser von „Progress...
...and Poverty“ (Fortschritt und Armuth), der weiland himmel...
...stürmende Feind der alten korrupten Parteien sich rück...
...wärts entwickelt. Mit Mac Glynne, der den umgekehrten...
...Entwicklungsgang durchmacht und den Radikalen spielt, ist...
...Henry George ganz verfeindet. Sie sagen einander die größten...
...Großheiten; und Mac Glynne hat neulich seinen ehemaligen...
...Freund mit der Bemerkung ab: „Ich hatte ihn für einen...
...Staatsmann gehalten und er ist nur ein gemeiner politiker.“...
...Politiker ist das Englische für Politiker, hat aber in America...
...die denkbar schlechteste Bedeutung und ließe sich allensfalls...
...berufsmäßigem Geschäftspolitiker überlegen. Mac Glynne, der...
...beiläufig nicht mehr in den Priesterstand zurückkehren will...
...— er versichert — agitirt seinerseits für die Aufstellung eines...
...Arbeiterkandidaten zur Präsidentschaftswahl. Die Arbeiter trauen...
...dem Herrn jedoch nicht, und sie haben recht. Diese pfäffischen...
...Sentimental-Politiker sind unberechenbar und immer falsch...
...Der Hauptausfuhrartikel der Vereinigten Staaten ist Ge...
...treide, und dieses wird ein Bericht über den Handelsverkehr...
...des Hafens von New-York nachweist, so gut wie ausschließlich...
...in fremden Schiffen transportirt. Unter den sämtlichen...
...Dampfern, welche letztes Jahr Getreide von New-York nach...
...Europa führten, befand sich nur ein amerikanischer Dampfer, der...
...„Illinois“, und ein Segelschiff, welches bezeichnend genug den...
...Namen „Der ewige Jude“ führte. Der „Illinois“ machte in...
...dies fünf Fahrten. Bei weitem der größte Theil des Getreide...
...transports wird in englischen Schiffen besorgt. In 705 eng...
...lischen Dampfern (diejenigen, welche mehrere Fahrten machten...
...sind für jede Fahrt gezählt) wurden 32 962 609 Bushels Getreide...
...nach Europa befördert. Der Zahl der Dampfer nach lam...
...Deutschland mit 140 Dampfern und 3 614 574 Bushels zunächst...
...Aber der Bushelzahl nach ging ihm Belgien mit 78 Dampfern...
...und 5 263 129 Bushels vor. 58 französische Dampfer nahmen...
...3 064 025 Bushels mit, 45 holländische 1 768 165 Bushels, 25...
...italienische 1 560 878 Bushels, 16 spanische 990 841 Bushels...
...25 dänische 797 971 Bushels. Zusammen wurden in Dampf...
...schiffen in 1107 Fahrten 50 761 576 Bushels Getreide von New...
...York aus verschifft. Dagegen ist der Transport in Segelschiffen...
...nur noch ganz gering. In 74 Segelschiffen wurden 1 992 921...
...Bushels befördert. Hier kamen die Italiener mit der größten

Zahl, dann die Oesterreicher, dann die Portugiesen, Engländer...
...Deutschen, Norweger u. s. w. Die Zahl der Segelschiffe, die...
...Getreide führen, nimmt reichend ab. Sie betrug vom Hafen...
...New-York aus 1880 noch 1789 gegen 1292 Dampfern. Seit...
...dem ist sie stetig bis auf 74 im letzten Jahre herabgegangen...
...Bald werden die Segelschiffe aus dem Getreidetransport gänz...
...lich verschwunden sein...
...Es hängt das mit der ganzen ökonomischen Entwicklung...
...zusammen. Die Segelschiffe repräsentiren heutz...
...tage nicht mehr den progressivsten, sondern den konservativsten...
...Vertrieb, der auch in der Schifffahrt des Dampfes bedarf...
...und immer größere Kolosse für den transoceanischen Verkehr...
...braucht.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Metallschrauben-, Facondreher
...und Berufsgenossen Berlins hielt am 19. Februar im „König...
...stadt-Kaffee“, Holzmarktstr. 72, seine Generalversammlung ab...
...Auf der Tagesordnung stand: 1. Werden Nichtmitglieder im...
...Fall eines Streiks vom Fachverein fernerhin unterstützt oder...
...nicht? 2. Sind Mitglieder, welche zweimal aus der Vereinigung...
...ausgetreten, bei der dritten Aufnahme verpflichtet, den bei ihrem...
...zweiten Ausscheiden verbliebenen Rest nachzuzahlen? 3. Bes...
...prechung über ein Vergnügen für die Mitglieder. 4. Verschie...
...denes. Zu Punkt 1 sprachen die Herren Jacobs und Hirsch...
...gegen die Unterstützung der Nichtmitglieder. Die Versammlung...
...beschloß darauf einstimmig, Nichtmitglieder in Zukunft bei...
...Streiks nicht zu unterstützen. Zu Punkt 2 sprachen die Herren...
...Jorn, Voigt und Magnus dafür, daß Mitglieder, welche zweimal...
...aus der Vereinigung ausgeschieden sind, das dritte...
...Mal den Rest nachzuzahlen haben, da von vielen...
...Kollegen, wenn Sie größere Rückstände haben, es vor...
...gezogen wird, sich von neuem einschreiben zu lassen, um...
...dadurch zu sparen. Auch hierin beschloß die Versammlung ein...
...stimmig, daß beim dritten Eintritt in den Verein der Rest nach...
...gezahlt werden muß, widrigenfalls die Aufnahme verworfen...
...wird. — Zu Punkt 3 wurde beschlossen, am Sonntag, den...
...18. März, bei Keller's, Andreasstraße 21, ein Vergnügen abzu...
...halten. Hierauf beschloß die Versammlung, die Unterstützung...
...eines Mitgliedes für beendet zu erklären. Auf Antrag Hirsch...
...wurde beschlossen, das Werk „Neue Zeit“ durch Ankauf zu ver...
...vollständigen. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Mit...
...theilung, daß die Generalversammlungen jetzt immer pünktlich...
...um 11 Uhr eröffnet werden und ersuchte die Mitglieder, recht...
...zeitig zu erscheinen.

Der Verband deutscher Zimmerleute (Lokalverband
...„Berlin-West“) hielt am 13. Februar im Hohenzollernparken...
...Steglyferstr. 27, eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung...
...stand: 1. Vortrag über das deutsche Vereinswesen und die...
...polizeiliche Aufsicht. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Der...
...Vortragende, Herr Rechtsanwalt Dr. Perl, leitete seinen Vor...
...trag mit dem Bemerkten ein, daß er vom Vorsitzenden ersucht...
...worden sei, den Mitgliedern auseinander zu setzen, wo bei Be...
...rathung der wirtschaftlichen Fragen in gewerkschaftlichen Ver...
...einen das „Gewerkschaftliche“ aufhöret und das „Politische“ an...
...fängt; darauf könne er nur erwidern, daß nicht er allein...
...sondern auch andere juristisch gebildete Männer keine bestimmte...
...Grenze finden können. Es komme sehr häufig vor, daß bei...
...Berathung wirtschaftlicher Fragen auch das Politische mit...
...hinein gezogen werden muß. Es dürften aber die Besprechun...
...gen sich nicht auf die Allgemeinheit ausdehnen, wenn nicht die...
...Behörde dies als eine politische Handlung ansehen soll; die...
...Debatte müsse sich vielmehr auf die Verhältnisse der betreffen...
...den Gewerkschaft beschränken. Der Vortragende führte speziell einen...
...Fall an, wie es einem gewerkschaftlichen Verein in Niddorf er...
...gangen sei. Es habe zwar seit dem Jahre 1850, wo das...
...preussische Vereinsgesetz in Kraft trat, jeder Preusse das...
...Recht, sich zu vereinigen und durch die Verein...
...gung seine wirtschaftliche Lage zu verbessern durch...
...Erzielung höherer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit...
...[soweit das Koalitionsrecht den Arbeitern zur Seite steht], jedoch...
...dieses das Koalitionsrecht nicht genützt werden. Wenn z. B. Per...
...sonen, welche den von einer Versammlung gefaßten Beschlüssen...
...nicht nachkommen, von anderen durch Drohungen, Ehrenkränkung...
...oder Verloß geistert werden, was schon öfter vorgekommen...
...so sei dies strafbar. Solche Vergehen müßten die Gewerkschaften...
...strengstens zu verhüten suchen. Nachdem sprach der Vortragende...
...über Rassenvereine, politische Vereine und Wählervereinigungen...
...und verlas aus dem Vereinsgesetz die Bestimmungen über die...
...Pflichten der Vereinsvorstände und der Mitglieder, sowie über...
...die Befugnisse der Behörden. Auch erläuterte er die Beschrän...
...kungen des Vereinsrechts seit Erlass des Sozialistengesetzes und...
...Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. In den Vor...
...trag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher der Vortragende...
...mehrere gestellte Fragen näher beantwortete. In der Diskus...
...sion hatte der Vortragende vernommen, daß die Mitgliederzahl des...
...Verbandes deutscher Zimmerleute in Berlin nur eine sehr geringe...
...sei und daß die Organisation mit großen Schwierigkeiten zu...
...kämpfen habe. Er sprach darauf in seinem Schlußwort den...
...Mitgliedern Muth zu; eine kleine Zahl sei und einzig zusammen...
...haltender Mitglieder könne schon sehr viel thun, auch würde...
...wieder einmal die Zeit kommen, wo sich die Verhältnisse ändern...
...und der Verband an Mitgliedern bedeutend wachse. Nachdem...
...noch die im Fragelasten befindlichen Fragen beantwortet waren...
...wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der
...Schulmänner und verwandten Berufsgenossen hielt am 20. d...
...Mts. in Keller's Lokal seine erste Generalversammlung ab. Nach...
...Besetzung der Abrechnung sprach der Vorsitzende sein Bedauern...
...darüber aus, daß von 215 Mitgliedern bis zum 29. Januar erst...
...126 ihre Beiträge bezahlt haben; die Kollegen müßten...
...es sich zur Pflicht machen, die Beiträge regelmäßig zu bezahlen...
...Zu „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß die Kommission...
...einen Fragebogen ausgearbeitet habe, um statistisches Material...
...zu sammeln. Ferner wurde über 30 000 Paar Militärstiefel...
...welche der Innung zur Anfertigung überwiesen worden sind...
...debattirt. Es wurde betont, daß zwar der von...
...der Militärverwaltung gezahlte Preis ein verhältnismäßig...
...niedriger sei; die Innung, wie auch die betreffenden...
...Meister jedoch dadurch, daß der Lohn so gedrückt würde, daß...
...der Arbeiter bei schwerer und langer Arbeitszeit kaum das...
...Allernothigste zum Leben habe, noch ein gut Stück Geld daran...
...verdienen. Verschiedene Redner sprachen sich dahin aus, daß...
...die Kommission dem gegenüber Stellung nehmen müsse und...
...beim Innungsvorstand dahin wirken solle, daß die Unternehmer...
...einen auskömmlichen, der Arbeit entsprechenden Minimallohn...
...zahlen. Da ein Kommissionsmitglied sein Amt niedergelegt...
...wurde Herr Sühmaier an dessen Stelle gewählt. Außerdem...
...wurden, da eine Teilversammlung von dem überwachenden Be...
...amten nicht gestattet wurde, 20 Marx aus der Vereinskasse für...
...einen in große Noth gerathenen Elbinger Kollegen bewilligt...
...Nächste Versammlung am Montag, den 5. März, in demselben...
...Lokal.

Halle a. S., 22. Februar. Gestern fand hier eine vom...
...„Wahlverein der deutschen Reichspartei“ einberufene „öffentliche“...
...Versammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Die freiwillige...
...Pflege im Kriege Verwundeter. 2. Die Alters- und Invaliden...
...versicherung der Arbeiter. Den Vorsitz führte Herr Vönderrichs...
...direktor Reuter. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung...
...hielt Herr Bantier Lehmann eine äußerst trockene Vorlesung...
...Bemerkenswerth ist, daß er auf den naheliegenden Gedanken...
...wie die Kriege und die dadurch entstehenden Verwundungen zu...
...verhüten sind, nicht einging. Er theilte mit, daß die Genossen...
...schaft zur freiwilligen Pflege Verwundeter nur aus Personen...
...der „gebildeten Stände“ bestände, und führte weiter aus, daß...
...in derselben leider beim letzten Kriege viele Mängel sich heraus...
...gestellt hätten, da unter den Pflegern viele „fragwürdige Ele...

ordinarium enthält Titel 4 den Beitrag zu Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg von 400 000 Mar.

Referent Abg. v. Huene: Die Verfertigung dieses Titels aus dem Ordinarium in das Extraordinarium ist in der Kommission Gegenstand eingehender Verhandlung gewesen. Es wurde hervorgehoben, daß dieselbe in Elsaß-Lothringen einen unangenehmen Eindruck gemacht habe, man befürchte, daß das Reich sich der Pfründ zu diesem Beitrag fernherin entziehen wolle. Die Universität Straßburg sei nicht als Landesuniversität, sondern im Interesse des Reichs gegründet worden. Die Leistung eines dauernden Beitrages zu den Unterhaltungskosten sei demnach billig, und derselbe müsse im Ordinarium bestehen bleiben. Der Vertreter des Reichsschatzamt erklärte, daß keineswegs beabsichtigt sei, durch diese Umstellung den Zuschuß alsbald zu befeitigen, man habe nur eine allmähliche Abminderung in Aussicht nehmen wollen. Kunst und Wissenschaft sei Sache der Landesregierungen. Geändert werden könne auch im Ordinarium, durch die Rückverlegung in das Ordinarium würde man sich noch mehr binden als bisher. Dagegen wurde geltend gemacht, daß man eine Aenderung des Beitrags überhaupt nicht vornehmen wolle, und die Kommission beschloß deshalb die Rückverlegung des Titels in das Ordinarium.

Abg. Petri (Hospitalar der ntl. Partei): Seit 1876 hat dieser Posten im ordentlichen Etat gestanden. Die plötzliche Verlegung in den außerordentlichen Etat hat großes Aufsehen erregt, und nicht allein im Kreise der Professoren. Man fürchtete, daß in Wäldern der Posten ganz gestrichen werden könnte. Wenn eine solche Absicht nicht besteht, so begrüße ich das mit großer Freude. Unmittelbar nach dem Frankfurter Friedensvertrag haben Bundestag und Reichstag als eine der ersten Aufgaben des Reichs betrachtet, eine deutsche Universität in Straßburg zu gründen. Bereits 1871 hat der Reichstag in einer Resolution den Reichsschatzamt ersucht, diese Universität zu gründen. Dabei hatte man hohe Ziele im Auge. Es handelte sich nicht speziell um eine Universität für die Bedürfnisse Elsaß-Lothringens, sondern um eine Hochschule, welche als Pfanzstätte deutscher Kultur und Wissenschaft den deutschen Geist in der Westmark des Reichs kräftigen sollte. Reichstag und Bundestag stellten mit großer Opferwilligkeit Millionen zur Verfügung zur Errichtung der Universität. Heute ist sie ein Muster der Hochschulen, nach dem Münster die schönste Fierde der Stadt Straßburg. Mit den einmaligen Ausgaben war es natürlich nicht gethan. Dem äußeren Werthe mußte auch der innere entsprechen. Und diese Aufgabe ist durch Gewinnung hervorragender Lehrkräfte erfüllt. Es ist billig, daß Elsaß-Lothringen die laufenden Ausgaben nicht allein übernimmt. Zu dem Beitrage des Reichs hat der Landesauschuß 1875 die Initiative ergriffen, weil die Universität zum großen Theile im Interesse des Reichs errichtet sei. Der Beitrag des Reichs wurde auf 400 000 M. normirt und in den letzten 13 Jahren jedesmal im Ordinarium bewilligt. Eine Aenderung dieses Zustandes rechtfertigende Umstände sind nicht vorhanden. Die Universität ist auch heute nicht nur eine Landesuniversität, sondern eine Reichsuniversität; die laufenden Ausgaben stehen auch heute nicht im Verhältnisse zu dem Landesbudget. Die Zahl der Studenten ist bedeutend gestiegen, bis auf 1005, worunter 331 Elsaß-Lothringer. Ein erheblicher Theil ist also nicht aus Elsaß-Lothringen. Die Ausgaben sind von 813 000 M. in 1877 auf 881 000 M. in diesem Jahre gestiegen. Die Finanzen des Landes haben sich allerdings gebessert, aber das ist in allen Staaten und auch im Reiche der Fall und kann daher nicht ins Gewicht fallen. Es ist ein wesentlicher Unterschied, wenn plötzlich dieser Posten, der 13 Jahre im Ordinarium stand, jetzt ohne materiellen Grund in das Extraordinarium verlegt wird.

Als Grund ist die Vermuthung einer Besinnungsänderung seitens Altdeutschlands gegenüber Elsaß-Lothringen aufgestellt worden. Ich halte diese Vermuthung für absolut unbegründet, aber sie ist wiederholt im Lande aufgestellt worden. Allerdings hat sich seit den letzten Reichstagswahlen eine gewisse Animosität in Altdeutschland gegen Elsaß-Lothringen, wenigstens in gewissen Kreisen, bemerkbar gemacht. Man berücksichtigt aber nicht die besonderen Umstände, unter denen die letzten Wahlen zu Stande gekommen sind. Man glaubt, Elsaß-Lothringen bestehe zum großen Theile aus revolutionären, umstürzlerischen Elementen und könne gewissermaßen auf einem Vulkan. Wer das behauptet, kennt unser Land nicht oder will es nicht kennen. Wir sind eine ruhige und friedliche Bevölkerung, welche Gesetz und Obrigkeit achtet und leicht zu regieren ist. Allerdings sind Ausschreitungen vorgekommen, aber in welchem Lande ist das nicht geschehen? Zur Herbeiführung normaler politischer Zustände ist vor Allem erforderlich ein maß- und taktvolles Vorgehen der Landesregierung, einerseits energisches Eingreifen gegen politische Demonstrationen, andererseits aber sorgfältige Vermeidung aller kleinlichen Polizeimaßregeln, die nur die Bevölkerung aufregen und der deutschen Sache schaden, so daß sich diejenigen wieder von ihr abwenden, die bereits gewonnen sind. Ich werde die Verhältnisse immerdar vom deutsch-nationalen Standpunkt betrachten und besprechen (Beifall), dafür spricht der Charakter meiner Wahl und mein politisches Verhalten. Nicht nur hier im Hause, sondern auch im engeren Kreise werde ich von unseren Verhältnissen immer reden ohne Hintergedanken und ohne Vorurtheile, aber andererseits auch ohne Schwäche, frei aus der Brust heraus, wie es einem freien, unabhängigen Manne ziemt. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, der hohe Reichstag wird dadurch den Beweis führen, daß er die Inter-

essen der Universität Straßburg ebenso zu fördern gewillt ist, wie der Reichstag der vergangenen Jahre. Ich spreche auch die Zuversicht aus, daß der hohe Bundestag dieser Ansicht des Reichstags beitreten wird, daß Bundestag und Reichstag niemals zulassen werden, daß diejenige Universität auf ein niedrigeres Niveau gebracht werde, welche ein so hohes nationales Ziel zu verfolgen hat, an deren Kollegengebäude die Inschrift prangt: Litteris et patriae, oder wie der Herr Reichsschatzamt diesen Wahlspruch einmal umgeformt hat: Patriae et litteris! (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär des Innern v. Bötticher: Meine Herren, was die Frage, die in der Kommission und hier im Hause jetzt streitig geworden ist, anlangt, so halte ich die Besorgniß, der der Herr Vorredner Ausdruck gegeben hat und die in der Kommission, wie wir aus dem Munde des Herrn Referenten vernommen haben, von verschiedenen Seiten geäußert worden ist, für eine übertriebene. Die Entstehungsgeschichte der Wandlung, die Sie im Etatsentwurf sehen, wonach also der Zuschuß für die Universität Straßburg aus den allgemeinen Fonds in das Extraordinarium verlegt worden ist, läßt erkennen, daß es Erwägungen finanzrechtlicher Natur gewesen sind, welche dazu bestimmt haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß zu den Ausgaben des Reichs an sich die Unterhaltung von Universitäten nicht gehört. Es würde also jeder Betrag, den das Reich für eine der Landesfürsorge anheimfallende Universität als Subvention zahlt, schon an sich unter die extraordinären Ausgaben des Etats zu verweisen sein. So liegt die Sache nicht, wie der Herr Vorredner meint, daß die Universität Straßburg eine Reichsuniversität sei. Wichtig ist aus der Entstehungsgeschichte der Universität von ihm vorgetragen, daß damals, als der Bundestag sich auf Anregung des Reichstags dazu entschloß, von Reichswegen die Universität Straßburg zu subventioniren, dabei der Gedanke zu Grunde lag, daß man im deutsch-nationalen Interesse an der Westmark des Reichs eine Pfanzstätte deutscher Bildung und vaterländischen Geistes schaffen wollte. Eine Reichsuniversität im eigentlichen Sinne des Wortes ist Straßburg nicht; sie ist, wie alle übrigen im Deutschen Reich, eine Landesuniversität, und die Fürsorge für diese Anstalt liegt dem Lande, der Landesregierung ob. Ich wünsche, daß so, wie der Herr Vorredner die Franzosenfurcht vollständig abgestreift und seine warme Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland bekundet hat, auch seine Landsleute durch die Beschlüsse des Reichstags und des Bundestags recht bald zu der Ueberzeugung gelangen mögen, daß nirgends besser für sie und ihre Interessen gesorgt ist als im Deutschen Reich. (Lebhafte Bravo.)

Der Antrag der Budgetkommission wird nahezu einstimmig zum Beschluß erhoben und der Rest des Extraordinariums ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds bittet Abg. v. Huene die Militärverwaltung, denjenigen Offizieren, welchen aus der Verletzung aus der aufgelösten Invalidentruppie in Invalidenthäuser Verluste entstehen, event. aus anderen Fonds eine Zulage zu gewähren.

Kriegsminister Brosart v. Schellendorf: Die Wünsche dieser Offiziere sind in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle erfüllt worden. Sollten irgendwo in einzelnen Fällen durch die besonderen Verhältnisse sich Nachteile ergeben, so würden wir mit unserem Unterstützungsfonds eintreten, so daß die ganze Maßregel ohne jede Härte für den Einzelnen durchgeführt werden kann.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

In der Kommission wurde, wie Referent v. Huene mittheilt, die Ungleichheit in den Pensionsverhältnissen der Zivil- und Militärbeamten ausführlich besprochen. Diese Ungleichheit besteht darin, daß diejenigen Offiziere, welche in den Kommunaldienst eintreten, sich einen Abzug von der Militärpension gefallen lassen müssen, während den Zivilpensionären ein Abzug nur beim Uebertreten in den Reichs- oder Staatsdienst gemacht wird.

Abg. Strudmann (ntl.): Es ist eine schreiende Härte, wenn ein im Kriege zum Krüppel geschossener Offizier im Kommunaldienst schlechter wegkommt als ein Zivilwärter. Ich bitte den Kriegsminister dringend, uns demnächst einen G.E. vorzulegen, der diese Sache endgültig regelt.

Minister Brosart v. Schellendorf: Das wird nicht möglich sein, weil sonst eine nicht unbegründete Unzufriedenheit der Militärbeamten im Staatsdienst entstehen könnte.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Reichsschuld ohne Debatte.

Die Etats "Bankwesen", "Besonderer Beitrag von Elsaß-Lothringen", "Zinsen aus belegten Reichsgeldern" werden ohne Diskussion angenommen. Bei den Einnahmen aus den "Außerordentlichen Zuschüssen" Kap. 23 "Aus der Anleihe" berichtet

Referent Abg. v. Huene über einen in der Kommission gestellten Antrag, welcher dahin ging, gewisse Ausgaben statt auf die Anleihe auf die dauernden Ausgaben des Etats zu übernehmen und andererseits eine Amortisation der Reichsschuld bezwecke.

Abg. Halle: Wir beantragten in der Kommission, statt 5 Millionen 6 1/2 Millionen für die Marineverwaltung aus den ordentlichen Einnahmen zu decken, da es sich bei der betreffenden Position nur um die Erhaltung des vorhandenen Materials handelte; es entspricht dies auch dem in der Marinedenkschrift

effen der Universität Straßburg ebenso zu fördern gewillt ist, wie der Reichstag der vergangenen Jahre. Ich spreche auch die Zuversicht aus, daß der hohe Bundestag dieser Ansicht des Reichstags beitreten wird, daß Bundestag und Reichstag niemals zulassen werden, daß diejenige Universität auf ein niedrigeres Niveau gebracht werde, welche ein so hohes nationales Ziel zu verfolgen hat, an deren Kollegengebäude die Inschrift prangt: Litteris et patriae, oder wie der Herr Reichsschatzamt diesen Wahlspruch einmal umgeformt hat: Patriae et litteris! (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär des Innern v. Bötticher: Meine Herren, was die Frage, die in der Kommission und hier im Hause jetzt streitig geworden ist, anlangt, so halte ich die Besorgniß, der der Herr Vorredner Ausdruck gegeben hat und die in der Kommission, wie wir aus dem Munde des Herrn Referenten vernommen haben, von verschiedenen Seiten geäußert worden ist, für eine übertriebene. Die Entstehungsgeschichte der Wandlung, die Sie im Etatsentwurf sehen, wonach also der Zuschuß für die Universität Straßburg aus den allgemeinen Fonds in das Extraordinarium verlegt worden ist, läßt erkennen, daß es Erwägungen finanzrechtlicher Natur gewesen sind, welche dazu bestimmt haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß zu den Ausgaben des Reichs an sich die Unterhaltung von Universitäten nicht gehört. Es würde also jeder Betrag, den das Reich für eine der Landesfürsorge anheimfallende Universität als Subvention zahlt, schon an sich unter die extraordinären Ausgaben des Etats zu verweisen sein. So liegt die Sache nicht, wie der Herr Vorredner meint, daß die Universität Straßburg eine Reichsuniversität sei. Wichtig ist aus der Entstehungsgeschichte der Universität von ihm vorgetragen, daß damals, als der Bundestag sich auf Anregung des Reichstags dazu entschloß, von Reichswegen die Universität Straßburg zu subventioniren, dabei der Gedanke zu Grunde lag, daß man im deutsch-nationalen Interesse an der Westmark des Reichs eine Pfanzstätte deutscher Bildung und vaterländischen Geistes schaffen wollte. Eine Reichsuniversität im eigentlichen Sinne des Wortes ist Straßburg nicht; sie ist, wie alle übrigen im Deutschen Reich, eine Landesuniversität, und die Fürsorge für diese Anstalt liegt dem Lande, der Landesregierung ob. Ich wünsche, daß so, wie der Herr Vorredner die Franzosenfurcht vollständig abgestreift und seine warme Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland bekundet hat, auch seine Landsleute durch die Beschlüsse des Reichstags und des Bundestags recht bald zu der Ueberzeugung gelangen mögen, daß nirgends besser für sie und ihre Interessen gesorgt ist als im Deutschen Reich. (Lebhafte Bravo.)

Der Antrag der Budgetkommission wird nahezu einstimmig zum Beschluß erhoben und der Rest des Extraordinariums ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds bittet Abg. v. Huene die Militärverwaltung, denjenigen Offizieren, welchen aus der Verletzung aus der aufgelösten Invalidentruppie in Invalidenthäuser Verluste entstehen, event. aus anderen Fonds eine Zulage zu gewähren.

Kriegsminister Brosart v. Schellendorf: Die Wünsche dieser Offiziere sind in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle erfüllt worden. Sollten irgendwo in einzelnen Fällen durch die besonderen Verhältnisse sich Nachteile ergeben, so würden wir mit unserem Unterstützungsfonds eintreten, so daß die ganze Maßregel ohne jede Härte für den Einzelnen durchgeführt werden kann.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

In der Kommission wurde, wie Referent v. Huene mittheilt, die Ungleichheit in den Pensionsverhältnissen der Zivil- und Militärbeamten ausführlich besprochen. Diese Ungleichheit besteht darin, daß diejenigen Offiziere, welche in den Kommunaldienst eintreten, sich einen Abzug von der Militärpension gefallen lassen müssen, während den Zivilpensionären ein Abzug nur beim Uebertreten in den Reichs- oder Staatsdienst gemacht wird.

Abg. Strudmann (ntl.): Es ist eine schreiende Härte, wenn ein im Kriege zum Krüppel geschossener Offizier im Kommunaldienst schlechter wegkommt als ein Zivilwärter. Ich bitte den Kriegsminister dringend, uns demnächst einen G.E. vorzulegen, der diese Sache endgültig regelt.

Minister Brosart v. Schellendorf: Das wird nicht möglich sein, weil sonst eine nicht unbegründete Unzufriedenheit der Militärbeamten im Staatsdienst entstehen könnte.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Reichsschuld ohne Debatte.

Die Etats "Bankwesen", "Besonderer Beitrag von Elsaß-Lothringen", "Zinsen aus belegten Reichsgeldern" werden ohne Diskussion angenommen. Bei den Einnahmen aus den "Außerordentlichen Zuschüssen" Kap. 23 "Aus der Anleihe" berichtet

Referent Abg. v. Huene über einen in der Kommission gestellten Antrag, welcher dahin ging, gewisse Ausgaben statt auf die Anleihe auf die dauernden Ausgaben des Etats zu übernehmen und andererseits eine Amortisation der Reichsschuld bezwecke.

Abg. Halle: Wir beantragten in der Kommission, statt 5 Millionen 6 1/2 Millionen für die Marineverwaltung aus den ordentlichen Einnahmen zu decken, da es sich bei der betreffenden Position nur um die Erhaltung des vorhandenen Materials handelte; es entspricht dies auch dem in der Marinedenkschrift

mih, sprach Dante Alighieri leise vor sich hin, wie in Ekstase, immer noch an demselben Orte stehend, den Blick auf das Ende der Straße geheftet.

"Ah, Messer Durante," wurde hinter ihm eine Stimme laut — "zu welcher Canzone sucht Ihr gerade den letzten Reim?"

Der Angesprochene wandte sich schnell um, wie Einer, der plötzlich aus dem Schlafe geweckt wird.

Vor ihm stand das Muster eines vollendeten Elegants jener Zeit. In der einen Hand hielt er einen großen Blumenstrauch, mit der andern schaukelte er leichtsin seinem Degen, der an einer reich gestickten Schärpe herabhing.

"Gott mit Euch, Messer Simone! Einen Reim habe ich wirklich nicht gesucht. Das ist nicht meine Gewohnheit; er kommt selbst, und noch früher als man ihn braucht, und mehr als einer, glaube ich."

"Wer kennt Euren Stolz nicht: Ihr werdet's nicht Wort haben; und doch weiß ich, daß Ihr ganze Nächte hinbringt über einem Sonnett."

"Das mag wahr sein, aber über einem vollendeten Sonnett."

"Vollendetes? — Das verstehe ich bei Gott nicht. Wenn es vollendet ist, so ist es vollendet; was fehlt da noch? Ich würde eher ein ganzes Leben hindringen über einem unvollendeten."

"Das begreife ich sehr wohl, Messer Simone. Ihr seht, unsere Wege gehen auseinander."

"Ihr habt Recht. Ihr sucht hier Reime und ich bin gebeten worden, Vice aus der Kirche abzuholen und sie nach Haus zu geleiten. Ich will noch eine Weile hier auf dem Platz spazieren gehen und dann an der Kirchthür warten. Das ist wohl eine Canzone werth, Messer Alighieri."

"Ihr — gebeten worden? — Und von wem?"

"Von ihr, von Vice, der Tochter Folco Portinari's. Ich habe schon ihr Wort, Messer Trovatore, ich hole sie ab

vom vorigen Jahre aufgestellten Grundsatze. Die gleiche Leistung von der Anleihe auf die ordentlichen Einnahmen trugen wir auch bezüglich einiger Posten der Poltermortifikation. Die Anträge fielen weniger aus inneren Bedenken gegen die als weil man es nicht für opportun hielt, nachdem die in den Einzelheiten bereits festgesetzt waren, eine Anleihe der Matricularbeiträge vorzunehmen. Ich möchte unsere Wünsche bei künftiger Aufstellung des Etats berücksichtigen würden. Was die Amortisationsfrage betrifft, scheint die Tilgung um so nothwendiger, je rascher die für die das Geld ausgegeben wird, veralten und entwertet werden. Alle soliden wirtschaftlichen Staaten haben eine Amortisation für notwendig erachtet. Im Prinzip hat das Reich diesen Gedanken anerkannt. Aber seit 1875 sind die Forderungen, daß wir in eine unserer Anleihen eintreten. Die Amortisation von 1 Mill. Schulddarlehen scheint mir das Minimum zu sein.

Direktor Aschenborn: Die Staatsverwaltung schenkt dieser Richtung ihrerseits nichts versäumt; seit 1881—82 ist fast alljährlich ein Schritt in dieser Richtung gethan. Innere an die Ausgaben für Festungsbauten, Postdienstleistungen, Garnisonseinrichtungen für Elsaß-Lothringen, Kasernenbauten. Auch in dem Etat für das nächste Jahr ist für die eine verbesserte Deckung eingeführt, indem wir 2 860 000 M. mehr auf ordentliche Mittel übernehmen, als wir gethan hätten, wenn wir bei dem alten Prinzip geblieben wären. Es ist also ein durchaus planmäßiges Vorgehen der Verwaltung im gewünschten Richtung statt. Weiter sind wir bei den Forderungen für die Marine nicht gegangen, weil wir nicht glauben, besser als der Chef der Admiralität beurtheilen zu können. Summen unter den Begriff der Ertragbauten und welche den Begriff der neuen Bauten fallen. Auch die Frage der Amortisation wird von der Finanzverwaltung unausgesprochen in Auge behalten. Man hat sich bisher nicht entschließen praktisch vorzugehen, weil seit Jahren ohnedies die Matricularbeitragslast gewachsen ist. Unser gesetzlicher Zustand in dem Gesetz vom 9. April 1870 fixirt, nach welchem die Tilgung der Reichsschuld in der Weise erfolgt, die durch den Etat dazu zur Verfügung gestellten zum Ankauf von Schuldscheinen verwendet werden. Es müßte also eine Aenderung dieses Gesetzes eintreten. Das wird aber nicht so kurzer Hand geschehen, da die Bestimmung nicht isolirt besteht, sondern den Bestimmungen des preussischen Konsolidationsgesetzes entspricht, welches die obligatorische Schuldentilgung aufgehoben und erwähnte Modus eingeführt worden ist. Was kann es helfen, an einer Stelle des Etats eine Tilgungssumme zu stellen, wenn wir, um Balance herzustellen, an anderer Stelle einen gleichen Mehrbetrag einsetzen müssen. Nur wenn eine sichere Grundlage bestehen darüber, welche Ausgaben überhaupt auf Anleihe gebühren, ist eine solche Maßnahme durchzuführen. Sobald wir ein Jahr mit Ueberschüssen haben, wird die Verwaltung dieselben zur Schuldentilgung benutzen.

Abg. v. Bennigsen: Ich zweifle nicht, daß die veränderte Regierungen in der bisher schon vereinzelt verfolgten Richtung fortfahren werden. Was die Amortisation betrifft, ist eine solide Finanzverwaltung diese nicht entbehren. In Preußen sind die Anleihebeiträge vollständig durch die Ertragbauten, Forsten und Domänen gedeckt, das Vermögen des Reichs dagegen ist, abgesehen von den Eisenbahnen, Elsaß-Lothringen, kein verbodes. Die großen Summen für Bauten und Anschaffungen in der Marine und anderen Verwaltungszweigen kosten Geld, aber bringen nichts ein, hoch man die Amortisationsbeiträge greifen will, darunter man verschiedener Ansicht sein. Man könnte 1 pCt. des Maximum halten, das würde schon mehr als 12 Mill. betragen. Wenn die Kommission der Frage der Amortisation nicht näher getreten ist, so liegt das an den allgemeinen Verhältnissen. In 2 bis 3 Jahren wird man sich über bestimmte Vorschläge zurückkommen müssen, falls die von der Regierung nicht ergriffen wird. Augenblicklich haben wir uns mit unseren Anleihen in einem gewissen Stadium. In künftigen Jahren werden ähnliche große Summen für Militär- und andere Zwecke nicht erforderlich sein. Man wird also zu einem gewissen festen Zustande gelangen sein, bei dem man übersehen kann, wie hoch sich der Betrag beläuft. Dann aber hat man die Verpflichtung, sich zu sorgen, nicht allein, daß man hinsichtlich der Ausgaben aus den laufenden Mitteln für die einzelnen Verwaltungszweigen vorsichtig zu Werke geht, sondern auch, daß die vorhandenen Anleihen, die bereits mehr als eine Milliarde betragen, auch regelmäßig tilgt.

Direktor Aschenborn: Auch das Reich hat ähnlich mögen. Die Reichsschuld wird in diesem Jahre eine Anwendung von 49 Millionen erfordern; dem gegenüber sind Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen des Reichs in Höhe von 43 Millionen. Es ist dies also ungefähr ein Valent für die Zinsen der Schuld. Außerdem besitzen wir Kriegsschatz von 120 Millionen und einen Reichsinvalidenfonds von 89 Millionen Mar., Objecte, die noch in Gegenlag werden müssen, wenn wir die Reichsschuld in ihrer Höhe tilgen wollen.

Abg. Schrader: Der Abg. v. Bennigsen scheint mir Möglichkeit einer Amortisation zu weit hinausgeschoben. Ich halte dieses Jahr dazu für besonders günstig wegen der Finanzlage. Gehen wir nicht bald zu einer Amortisation

als Verlobter — — als Verlobter! Lebt wohl, lebt wohl! Wenn Ihr diesen Reim gefunden habt, so laßt mich wissen."

Dante hörte nicht mehr. Ein Ocean von Finde hüllte ihn ein. Er hörte ein seltsames Getöse, als sich die Erde. O wenn sie ihn doch verschlingen würde! Aber die Härte, Grausame that es nicht. Die Luft athmete Fröhlichkeit, Glanz und Duft, und vorher, die Tauben flogen von den Dächern auf wie die die Luft athmete Fröhlichkeit, Glanz und Duft, und vorher, dieses fürchterliche Getöse. Er wußte nicht, wie lange hier gestanden, mit der Antwort seines Freundes Cavalcanti in der Hand, die er noch immer nicht hatte — diese Antwort, auf die er so begierig gewesen war — was sollte sie ihm? Jetzt hatte er schon eine Antwort.

Der Widerhall von Schritten, Gespräch und Scheuchten ihn aus seinen Träumen auf. Sie war es, aus der Kirche heimkehrte, nachdem der fromme vollendet war. Wieder schritt sie einher, weiß und glänzend, aber nicht mehr in der Mitte der beiden Matronen und an ihrer Seite schlenkerte und schaute stolz darin Simon de Bardi, der noch vor wenigen Augenblicken ihm gesprochen hatte. Und jetzt sprach er wieder, in und Gelächter, und sie hielt seinen Strauß in der und lächelte lächig. Die beiden Matronen gingen Schritte hinter ihnen her in dem Gefühl mütterlicher Stolz. Schon waren sie in der Nähe des Dächers Ihre Unterhaltung wurde immer vernünftlicher, aber immer herausfordernder. Dante wollte entstehen, aber hatte nicht die Kraft — es war auch schon zu spät.

"Welches Glück, mit Ihnen zu gehen, schmeichelt Simon, — mein Leben gäbe ich dafür hin!"

Stockholm 29,3, in Christiania 24,9, in St. Petersburg 36,1, in Warschau 23,0, in Odessa —, in Rom —, in Turin 27,4, in Venedig 37,1, in Alexandria 34,5. Ferner in der Zeit vom 22. bis 28. Januar d. J.: in New-York 26,7, in Philadelphia 22,3, in Baltimore 19,5, in Kalkutta 36,9, in Bombay 23,4 in Madras 43,3.

Die Sterblichkeit hat in der Berichtswoche in den meisten größeren Städten Europas ein wenig abgenommen, und werden aus den meisten derselben kleinere Sterblichkeitsverhältniszahlen als aus der vorhergegangenen Woche gemeldet. Einer sehr geringen Sterblichkeit (bis 15,0 pro Tausend und Jahr gerechnet) erfreuten sich Potsdam und Freiburg i. N. Günstig (bis 20,0 pro Tausend und Jahr) war die Sterblichkeit jedoch in einer größeren Zahl von Städten, von denen hier nur Wiesbaden, Duisburg, Königsberg, Hannover, Elberfeld, Aachen, Stettin, Bremen, Mainz, Mannheim, Leipzig genannt sein sollen. Auch in Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Barmen, Düsseldorf, Darmstadt und anderen Orten war die Sterblichkeit eine mäßig hohe (etwas über 20,0 pro Tausend). Eine hohe Sterblichkeit (über 35,0 pro Tausend) wird von den deutschen Städten aus Chemnitz und Mey gemeldet. — Insbesondere erlitten Sterbefälle an akuten Entzündungen der Athmungsorgane eine größere Abnahme; auch Todesfälle an Darmkatarrhen und Brechdurchfällen der Kinder kamen im Allgemeinen seltener, nur in Berlin, Hamburg, Pest und St. Petersburg in gesteigerter Zahl zur Berichterstattung. Die Teilnahme des Säuglingsalters an der Gesamtsterblichkeit war im Ganzen eine geringere, als in der vorhergegangenen Woche. Von je 1000 Lebenden starben, auf Jahr berechnet, in Berlin 68, in München 80 Säuglinge. — Das Vorkommen der Infektionskrankheiten blieb meist ein ähnliches wie in der Vorwoche; nur wurden Todesfälle an Pocken und neue Erkrankungen an Diphtherie und Krup weniger zur Meldung gebracht. — Sterbefälle an Malaria waren in Hamburg, Wien, Prag, London vermindert, in Hannover, Paris, Lyon, Edinburgh, Christiania und St. Petersburg dagegen vermehrt. Neue Erkrankungen kamen jedoch aus Berlin, Hamburg, Wien, Pest, Edinburgh, St. Petersburg und aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden in größerer, aus den Regierungsbezirken Düsseldorf und Erfurt, sowie aus Kopenhagen und Christiania in etwas verminderter Zahl zur Meldung. — Das Scharlachfieber hat in Danzig, Wien, Kopenhagen, Paris, London weniger, in Berlin, Leipzig, Liverpool etwas mehr Sterbefälle veranlaßt. Neue Erkrankungen kamen in Berlin, Nürnberg, Wien, Edinburgh, Kopenhagen, Stockholm, St. Petersburg in fast gleicher Zahl wie in der Vorwoche zur Anzeige. — Die Sterblichkeit an Diphtherie und Krup war in Berlin, Hamburg, Dresden, Paris, Lyon, Kopenhagen fast die gleiche wie in der Vorwoche; etwas geringer wurde sie in München, Frankfurt a. M., Pest, Prag, etwas größer dagegen in Breslau, Hannover, Magdeburg, Kassel, Leipzig, Wien, London, Amsterdam, St. Petersburg. Neue Erkrankungen kamen nur aus Berlin, Wien, Kopenhagen, Christiania und St. Petersburg in wenig gesteigerter Zahl zur Berichterstattung. — Die Sterblichkeit an Unterleibstypus war in Berlin, Hamburg, Chemnitz eine etwas größere, in Paris, London eine etwas kleinere, in St. Petersburg die gleiche wie in der Vorwoche. Erkrankungen kamen jedoch aus Berlin und Hamburg weniger, aus Wien, Pest und St. Petersburg etwas mehr als in der vorhergegangenen Woche zur Mitteilung. An Flecktypus wurden aus St. Petersburg 1, aus Prag 2 Todesfälle, aus St. Petersburg auch 4 Erkrankungen berichtet; an epidemischer Genickstarre aus Berlin, Bredlau, Prag je 1 Todesfall, aus Berlin 2, aus Nürnberg 3 Erkrankungen. An rosenartige Entzündungen des Hellembes der Haut und an Kindbettfieber erlagen in London eine große Zahl von Personen. Der Keuchhusten forderte in London, Dublin etwas weniger, in Berlin etwas mehr Opfer. Aus dem Regierungsbezirk Königsberg wurden 2 Sterbefälle (Kreis Fischhausen) und mehrere Erkrankungen an Trichinosis mitgeteilt. Einzelne Todesfälle an Pocken kamen aus Graz, Pest, Lyon mehrfach, aus Wien und seinen Vororten, aus Triest 4, aus Warschau 7, aus Paris 13, aus Prag 21 zur Kenntnis; Erkrankungen gelangten aus Wien, Pest und St. Petersburg in beschränkter Zahl zur Anzeige.

Der Gesundheitszustand in Berlin war auch in dieser Berichtswoche ein günstiger und die Sterblichkeit eine mäßig hohe. Seltener als in den Vorwochen kamen akute Entzündungen der Athmungsorgane zum Vorschein, auch der Verlauf derselben war in zahlreichen Fällen ein milderer, so daß nur 57 tödlich endende Fälle gegen 81 der Vorwoche zur Anzeige kamen. Etwas häufiger zeigten sich dagegen Darmkatarrhe und Brechdurchfälle der Kinder, die auch etwas mehr Sterbefälle als in der Vorwoche hervorriefen. Von den Infektionskrankheiten kamen Erkrankungen an Unterleibstypus nur in wenigen Fällen zur Meldung; das Vorkommen von Scharlach blieb ebenfalls ein beschränktes. An Malaria und Diphtherie kamen etwas mehr Erkrankungen zur Anzeige, erstere besonders im Stralauer Viertel und in der Rosenthaler Vorstadt, letztere in der Tempelhofer Vorstadt und in der jenseitigen Vorstadt am häufigsten auftretend. Das Vorkommen des Keuchhustens zeigte gegen die Vorwoche keine wesentliche Veränderung. Rosenartige Entzündungen des Hellembes der Haut und Erkrankungen an Kindbettfieber blieben selten. Ein Todesfall und zwei Erkrankungen an epidemischer Genickstarre kamen zur Kenntnis. Rheumatische Beschwerden der Muskeln, sowie akuter Gelenkrheumatismus gelangten häufiger zur ärztlichen Behandlung.

Polizeibericht. Am 22. d. M. Vormittags wurden in der Königsstraße ein Mädchen durch einen vom Kutscher Zimmermann geführten Geschäftswagen, — in der Chausseestraße ein Mann durch einen Milchwagen — und gegen Mittag in der Schönebergerstraße ein Bäckerelehrling infolge eigener Unvorsichtigkeit durch eine Equipage überfahren und zum Theil nicht unbedeutend verletzt. — Nachmittags brach auf dem Werderischen Kirchhof in der Bergmannstraße eine Frau bei der Vererdigung ihres Kindes plötzlich zusammen und starb bald darauf in der Wohnung des Kirchhof-Inspektors, wie ärztlich festgestellt worden, infolge eines Hirnschlages.

Gerichts-Zeitung.

Der Berliner Sozialistenprozess.

Dritter Tag der Verhandlung.

Die heutige Verhandlung findet im kleinen Schwurgerichtssaale statt. Den Vertretern der Presse ist es heute gestattet worden, auf den Bänken der Geschworenen Platz zu nehmen. Der Andrang des Publikums ist ebenso wie an den vorhergehenden Tagen ein ganz immenser. Gegen 10 Uhr Vormittags eröffnet der Präsident, Landgerichtsrath v. Malomaski die Sitzung. Auf Antrag des Staatsanwalts wird zunächst Kriminalkommissar Graf Stillfried über die vor einiger Zeit hier selbst erfolgte Verhaftung der Baale'schen Eheleute vernommen. Der Kriminalkommissar bekundet: An einen Mann kam vor einigen Wochen ein Paket aus Köln an, in dem eine große Zahl von Exemplaren des „Sozialdemokrat“ enthalten war. Der Mann wußte nicht, wie er zu dieser Sendung kam. Der Sohn des Mannes, der mit Baale befreundet ist, ging zu diesem und machte ihm von der Ankunft des Pakets Mitteilung. Baale antwortete dem jungen Manne: Es ist gut, das Paket wird abgeholt werden. Bald darauf kam Frau Baale mit einer Freundin zu dem Manne und holte das Paket ab. Die Polizei erhielt Kunde von dieser Sendung, ich nahm deshalb bei Baale eine Hausdurchsuchung vor, die jedoch kein Resultat ergab. Es wurde nur ein Exemplar der Nr. 52 des „Sozialdemokrat“ vorgefunden. Diese Nummer soll in dem Paket enthalten ge-

wesen sein. Soweit der Polizei bekannt, ist diese Nummer bisher noch nicht zur Ausgabe gelangt. Frau Baale verweigerte über den Verbleib der Schriften die Auskunft. Der Ehemann Baale, ein Schriftsteller, war, als ich ihn nach dem Verbleib der Zeitungen fragte, ganz perplex. Er erklärte mir, daß er den Verbleib der Zeitungen mir nicht angeben könne, wenn er aber davon etwas wüßte, dann würde er es mir auch nicht sagen. — Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Flatau: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß Baale Redakteur am „Berliner Volksblatt“ und mithin kein geheimer Agitator war? — Zeuge: Es ist mir allerdings bekannt, daß Baale Redakteur am „Berliner Volksblatt“ war; gleichzeitig gehörte er aber zu den bedeutendsten geheimen sozialdemokratischen Agitatoren. — Kriminalkommissar von Raumer ergänzt die Befundungen des Vorzeugen. — Kriminalkommissar von Vodungen: Er habe noch zu berichten, daß der Angeklagte Zahn bereits bei der Reichstagswahl im Jahre 1884 Vorkämpfer gewesen ist, obwohl er damals erst 19 Jahre alt war. Zahn war später sogenannter Hauptmann im fünften Bezirk und wurde schließlich Mitglied des Centralkomitees. Zahn nahm überhaupt eine sehr hervorragende Stellung in der sozialdemokratischen Bewegung ein, er wohnte auch längere Zeit bei dem Bruder des Gastwirths Holz, der aus Berlin ausgewiesen ist. — Vertheidiger Rechtsanwalt Meischelsohn: Bei dem Gastwirth Holz hat Zahn nicht gewohnt, sondern bei dessen Bruder? — Zeuge: Jawohl, aber auch der Bruder ist der Polizei als Sozialdemokrat bekannt. — Vertheidiger: Wissen Sie genau, daß der Gastwirth Holz ausgewiesen worden ist? — Aus dem Zuhörerraum ertönt ein Flüster wie „Nein“. — Vertheidiger: Ich muß doch den Herrn Präsidenten ersuchen, nicht gestatten zu wollen, daß dem Zeugen etwas zugestimmt wird. — Präsi.: Ich kann derartige Ausführungen aus dem Zuhörerraum nicht gestatten. — Zeuge: Es ist möglich, daß ich mich in diesem Punkte irre. Bei der großen Zahl der Sozialdemokraten, die wir zu beobachten haben, ist ein Irrthum wohl einmal möglich. — Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Meischelsohn: Hat der Herr Zeuge selbst wahrgenommen, daß Zahn bei der Reichstagswahl im Jahre 1884 Vorkämpfer gewesen ist? — Zeuge: Selbst habe ich das nicht wahrgenommen, es ist mir das von meinen Beamten berichtet worden; wir höheren Polizeibeamten recherchieren nicht selbst, sondern lassen zumeist von unseren Unterbeamten die Recherchen anstellen. — Vertheidiger: Der Herr Zeuge sagte: er habe die diesbezügliche Nachricht von seinen Beamten; ich mache einen Unterschied zwischen Beamten und Agenten; kann uns der Herr Zeuge diese Beamten namhaft machen? — Zeuge: Nein, das verbietet mir das Amtsgeheimniß. — Kriminalkommissar Meischelsohn: Ich habe vor einiger Zeit bei einem Schuhmacher Schuhmann eine große Anzahl von verbotenen Druckschriften, wie „Sozialdemokrat“, Vorkämpfer, 1 Exemplar der „Autonomie“, mehrere Exemplare der „Freiheit“, eine große Anzahl Exemplare von „Ceterum censeo“, mehrere Exemplare von „Der rothe Teufel“ u. s. w. vorgefunden. Das sozialdemokratische Centralkomitee besteht schon seit mehreren Jahren; dasselbe besteht zumeist aus jungen, unverheiratheten Leuten, die von den älteren und bekannteren Sozialdemokraten, welche letztere im Hintergrunde bleiben, ihre Weisungen erhalten. Bereits im Jahre 1882 habe ich in der Lothringerstraße ein Komitee, aus 9 Personen bestehend, verhaftet als sie gerade von der Sitzung kamen. — Präsi.: Können Sie uns das Haus, in dem die Sitzung stattgefunden hat, näher bezeichnen? — Zeuge: Es war das Haus Lothringerstraße 16. — Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Meischelsohn: Ist anlässlich dieser Verhaftung eine Anklage erfolgt? — Zeuge: Nein. — Kriminalkommissar Diener berichtet ebenfalls über die von ihm ausgeführten Beschlagnahmen vieler verbotener Druckschriften. Im Jahre 1884 habe er einmal einer Sitzung des Centralkomitees unentgeltlich beigewohnt. — Staatsanwalt: Hand diese Sitzung in einem öffentlichen Lokale statt? — Zeuge: Jawohl. — Staatsanwalt: Hand diese Sitzung in dem Lokale statt, wo andere Gäste waren? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Was wurde in dieser Sitzung verhandelt? — Zeuge: Es wurde über ein Vergütigen gesprochen, welches zu Gunsten der sozialdemokratischen Parteikasse veranlaßt werden sollte; es wurde ferner über die Art, wie die Billets vertheilt werden sollten, und im Weiteren über französische Arbeiterverhältnisse gesprochen. Alles konnte ich nicht hören, da die Verhandlung im Flüster tone geführt wurde. Dem Komitee gehörte damals der Angeklagte Schmidt an. Schmidt war früher sogenannter Hauptmann, den ich stets von und nach den Sitzungen begleitete. — Angekl. Schmidt: Ich frage den Zeugen, in welchem Lokale die Sitzung des Centralkomitees, der ich beigewohnt habe, stattfand? — Zeuge: Darüber verweigere ich, mit Rücksicht auf die mir auferlegte Amtspflicht, die Auskunft. — Angekl. Schmidt: Ich frage den Herrn Zeugen, weshalb er mich damals nicht verhaftet hat? — Präsident: Ueber Gründe können wir an die Zeugen keine Frage stellen. — Die Kriminalkommissare Lindenau, Dahn, Bussé, Richter und Wächter Franke bekundeten hierauf über zahlreiche Beschlagnahmen verbotener Druckschriften, die von ihnen im Laufe der Jahre stattgefunden haben. — Kriminalkommissar Richter: Er habe einmal bemerkt, daß in der Wohnung von Apelt eine Komiteesitzung stattgefunden hat. — Apelt bestreitet das.

Kriminalkommissar von Vodungen bekundet noch, daß mehrere der Angeklagten seit langer Zeit nicht gearbeitet, sondern aus der Parteikasse Unterstüßungen erhalten haben. — Die Angeklagten weisen diese Bemerkung mit Entrüstung zurück und benennen mehrere Zeugen, die beklundet werden, daß sie zumeist gearbeitet haben. — Kriminalkommissar v. Vodungen: Meine Befundungen beziehen sich ganz besonders auf den Angeklagten Zahn, bezüglich dessen eine Arbeitsstelle nicht ermittelt werden konnte. — Angekl. Zahn: Ich habe in den letzten drei Wochen gearbeitet, ich kann dafür Zeugen benennen. — Präsi.: Der Umstand, daß eine Arbeitsstelle nicht ermittelt werden konnte, schließt ja nicht aus, daß Sie trotzdem gearbeitet haben. — Der Präsident verliest hierauf eine Verfügung des Berliner Polizei-Präsidiums, wonach die Geldsammlung für „entschieden freisinnige Wahlen“ nicht verboten sei. — Staatsanwalt: Ich habe in einem Zeitungsbericht gelesen, daß Herr Kriminalkommissar Schöne gestern gesagt haben soll: er habe die Mitteilung, daß die Parteikasse an den Bruder des Abgeordneten Singer abgeliefert worden sei, von einer vertrauenswürdigen Seite mitgeteilt worden sei. Ich habe das Wort „vertrauenswürdig“ nicht gehört. — Präsi.: Ich habe das Wort „vertrauenswürdig“ auch nicht gehört. — Zeuge Kriminalkommissar Schöne: Ich habe nur gesagt, daß ich die betreffende Mitteilung gehört habe. — Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Meischelsohn: Ich höre heute zum ersten Male, daß ein Unterschied gemacht wird über „vertrauenswürdig“ und nicht „vertrauenswürdig“ Quelle. — Es erscheint hierauf als Zeugin eine Frau Thiele: Ich wohnte bei der Familie Apelt. Herr Apelt kam oftmals sehr spät Nachts nach Hause; seine Frau sagte mir, daß er in Parteiverfammlungen sei. Als Apelt verhaftet wurde, hat Frau Apelt eine Anzahl Papiere verbrannt, was das für Papiere waren, weiß ich nicht. Die Apelt'schen Eheleute führten ein sehr schlechtes Familienleben, Apelt schlug seine Frau oftmals derartig, daß sie des Nachts laut um Hilfe rief. Als Apelt verhaftet war, erzählte mir Frau Apelt, daß die Parteikasse, in der 15000 M. enthalten waren, von einigen Sozialdemokraten abgeholt worden ist. Frau Apelt sagte mir, wenn die Kasse nicht schon abgeholt worden wäre, dann wäre ich mit der Kasse mit dem Maurer März nach der Schweiz gegangen. Eines Sonntags wurde Frau Apelt aufgefordert, nach Treptow zu kommen; ich redete ihr noch ab, diese Fahrt zu unternehmen, da schlechtes Wetter war. Frau Apelt fuhr aber doch mit März nach Treptow. Sie erzählte mir am folgenden Tage: Es hat eine Versammlung von etwa 9 Personen unter freiem Himmel stattgefunden. Die Leute hätten ihr detartige Vorwürfe gemacht, daß, wenn nicht März

dabei gewesen wäre, sie „Reise“ bekommen hätte. Apelt, die Ehefrau des Angeklagten Apelt, welche als Zeugin erscheint, verweigert ihre Aussage. — Maurer Bezüglich der Frage, ob er mit Frau Apelt ein sträfliches Verhältniß unterhalten, verweigere er die Antwort. Er sei demokrat und gehöre der Partei schon seit 1889 an. Ein Centralkomitee in Berlin bestanden, wisse er aber nicht, er habe sich nur bei der Wahlkollation betheiligt. Von einer Parteikasse wisse er ebenfalls nichts, einmal zu einer Versammlung nach Treptow gewesen, habe dieser Einladung auch Folge geleistet. Versammlung habe nicht unter freiem Himmel, sondern in Lokale stattgefunden. Er sei von den dort versammelten Leuten, die er nur von Ansehen als Parteigenossen kenne, Rede gestellt worden, weil er während der Verhaftung Apelt mit dessen Frau ein sträfliches Verhältniß unterhalten habe. — Tischer Luch verweigert bezüglich der gelegten Fragen, ob in Berlin ein Centralkomitee bestanden sei, die Auskunft. Er sei der Schwager des gestern vernommenen Zeugen Glaubig. Die Frau des Glaubig habe ihm einen Brief in einem Kouvert verschlossenem Brief übergeben, Glaubig habe ihm gesagt, der Brief sei nach Zürich geschickt. Den Brief habe er nicht gelesen, sondern ihn einfach an Frau Apelt übergeben. Was in dem Briefe gestanden, wisse er nicht, er habe den Brief nicht abgelesen. Der Brief sei nicht adressirt, nur mit zwei Briefmarken besetzt gewesen. — Auf eine Befragung des Vertheidigers, Rechtsanwalts Dr. Flatau, meint der Zeuge, daß er im Dienste der Polizei stehe, oder auch nur gestanden habe. Er kenne keinen Kriminalbeamten bekannt, lenne auch nicht den Kriminalbeamten besagte. — Kaufmann Heinrich Singer: Er habe Apelt nicht und habe weder von diesem noch von irgend anderen Menschen jemals sozialdemokratische Parteigenossen aufbewahrung oder Abwendung erhalten. — Es erscheint als Zeuge Destillateur Fickert. Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Flatau: Herr Zeuge, lennen Sie einen Kriminalkommissar Fromberg? — Zeuge: Jawohl. — Vertheidiger: Fromberg Sie einmal ersucht haben, sich dem Angeklagten Zahn als Zeuge vorzustellen und ihm zu sagen, Sie wollten ihn in der Referendar Namens Frisch vorstellen, der nächsten sein Examen machen werde und unentgeltlich die Vertheidigung der Angeklagten übernehmen wolle. Zu diesem Zwecke wünschte der Referendar eine Besprechung mit sämmtlichen Angeklagten? — Zeuge: Ich bestimme mich um politische Kenntnisse zu lernen. Ich habe deshalb an Zahn geschrieben, um ihm die Besprechung zu empfehlen, er habe aber noch keine Gelegenheit gehabt, lennen zu lernen. Ich habe deshalb an Zahn geschrieben, um dem Fromberg einen Gefallen zu thun. — Vertheidiger: Haben Sie dem Zahn als Rechtsanwalt vorgestellt und ihm mitgeteilt, daß ein Referendar Frisch, der nächsten das Examen machen will, unentgeltlich die Vertheidigung übernehmen wolle und daß deshalb Zahn eine Komitesitzung veranstalten möge? — Zeuge: Eine Sitzung habe ich nicht veranstaltet, wir wollten bloß den Fromberg lennen. — Angeklagter Zahn: Doch hat mich der Fromberg gefordert, eine Komitesitzung zu veranstalten. Ich habe dem Zeugen: am folgenden Abend werden mich alle Angeklagten besuchen, infolge dessen standen am folgenden Abend fünf Kriminalpolizisten vor meiner Wohnung. Ich habe dem Zeuge nicht im Dienste der Polizei gearbeitet, ich von der Angelegenheit hörte, habe ich den Referendar Frisch sofort zur Rede gestellt und ihm mitgeteilt, daß der Fromberg nicht im Dienste der Polizei gearbeitet hat. Ich will bloß noch bemerken, daß die Polizei meine Handlung jedes Schuymannes verantwortlich sein lassen würde, ich von der Sache hörte, war ich ganz entrüstet und habe gleich den Fromberg zur Rede gestellt. Ich sagte ihm, er wird zweifellos in der Gerichtsverhandlung vor dem Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Flatau: Ich will nur noch mittheilen, daß, als die erste Zusammenkunft stattfand, der Zahn von dem Zeugen Fickert eine Karte erhielt mit dem Vermerk, er solle entschuldigen, daß Herr Referendar Frisch kommen könne, da er einer Vertheidigung wegen in Leipzig gereist sei. — Vertheidiger Rechtsanwalt Meischelsohn: Ich will bemerken, daß ich den Zeugen auf ihr Befragen gerathen habe, der Einladung zur Besprechung mit dem angeklagten Referendar Frisch nicht zu entsprechen. — Frau Fickert, die Gattin des Vorzeugen, weiß nichts von der vorerwähnten Angelegenheit nichts zu bekunden. — Der gerichtsrath Hollmann: Der Angeklagte Schöne hat einmal ein Geständniß abgelegt, dasselbe aber später widerrufen. — Hier wird die Sitzung gegen 2 Uhr abgebrochen auf morgen (Freitag) Vormittags 9 Uhr vertagt. — Die Angeklagten sollen nach noch kurzer Beweisaufnahme die Verhandlung finden.

Telegraphische Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, Donnerstag, 23. Februar. In der Plenarsitzung des Bundesraths wurde der Gesetzentwurf die Erwerbs- und Wirtschaftsvereinigungen den Ausschüssen überwiesen, dem Gesetzentwurf über die Aenderung des Artikels 24 der Reichsverfassung wurde die Zustimmung ertheilt.

München, Donnerstag, 23. Februar. Abgeordnetensitzung des Staats für Reichszwecke wurden die Beiträge in Höhe von 30 700 000 M. bewilligt. Der Minister für die Ausgabensachen für das orientalische Seminar fern auch Reichsausgaben seien, als dadurch viele Kosten Dolmetscher erspart blieben.

Erzst., Donnerstag, 23. Februar. Der Lloyd-„Flora“ ist heute Vormittag aus Konstantinopel hier angekommen.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Braunschweig, Donnerstag, 23. Februar. Die Versammlung hat den Gesetzentwurf über die Einführung jähriger Finanzperioden und vierjähriger Wahlperioden angenommen.

Paris, 23. Februar. Prozeß gegen Wilson und wegen des Ordenshandels. Der Vertheidiger Wilson führt aus, daß kein Beweis dafür erbracht werden konnte, daß Wilson jemals Geld erhalten habe. Die Wittsteller Wilson gemenbet, hätten auf Wilson's Zeitungen schreiben lassen, weil sie gewünscht hätten, wie sehr Wilson die Prozeduren die republikanische Sache sich angelegen sein lasse. Die rechte gerichtliche Verfolgung Wilson's sei angeordnet unter dem Druck der öffentlichen Meinung und aus Interesse der Politik. Der Vertheidiger wies schließlich auf den Senat und Kammer hin, der dem früheren Präsidenten Wilson das Vorgehen gegen Wilson bereitet worden sei.

Rom, Donnerstag, 23. Februar. Die Deputirten haben heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Dem minister wurden mehrere auf finanzielle Maßnahmen bezügliche Vorlagen eingebracht.